



**Abschlussbericht zur
Difu-Umfrage:
„EU-Aktivitäten von Städten, Gemeinden
und Kreisen in Nordrhein-Westfalen“**

Detlef Landua

April, 2012



Inhaltsübersicht:

	Seite
1. Einleitung	1
2. Eine Übersicht zur Projektentwicklung	
2.1 Auswahl der Befragungsform	
2.2 Entwicklung des Erhebungsinstruments	2
2.3 Planung und Vorbereitung der Datenerhebung	
3. Ergebnisse zu kommunalen EU-Aktivitäten in Nordrhein-Westfalen	4
3.1 Teilnahmequoten und Struktur der befragten Personen	
3.2 Zum Stellenwert des Themas „Europa“	6
3.3 Vorbereitungsmaßnahmen auf neue EU-Aufgabenstellungen	
3.4 Verwaltungsinterne Aufgaben und Organisation von EU-Angelegenheiten	8
3.5 Kommunale Zielstellungen von EU-Aktivitäten	13
3.6 Kooperationen und Netzwerke mit EU-Bezug	16
3.7 Kommunale Einflussmöglichkeiten auf die EU	21
3.8 Einschätzungen zum Nutzen und zu Entwicklungsmöglichkeiten kommunaler EU-Aktivitäten	23
4. Zusammenfassung	28

1. Einleitung

Um die Europafähigkeit der Kommunen in Nordrhein-Westfalen nachhaltig zu stärken und um ein gemeinsames Auszeichnungsverfahren für Kommunen hinsichtlich ihrer Europafähigkeit zu entwickeln, wurde im August 2011 ein Kooperationsprojekt zwischen der Bertelsmann Stiftung und der Europaministerin des Landes NRW ins Leben gerufen. Die Bertelsmann Stiftung verfolgt das Projekt als Teil ihres langjährigen Engagements in den Programmen „Lebenswerte Kommune“ und „Europas Zukunft“. Für die Europaministerin ist das gemeinsame Projekt eingebettet in das von ihr verfolgte umfassende Leitprogramm zur Stärkung der Europafähigkeit der Kommunen in Nordrhein-Westfalen.

Zur wissenschaftlichen Begleitung der zu entwickelnden Auszeichnung führte das Difu im Auftrag der Bertelsmann Stiftung im Zeitraum von Dezember 2011 bis Januar 2012 eine Befragung aller Städte, Gemeinden und Kreise in NRW durch. Ziel der Befragung war es, einen aktuellen Überblick über die EU-Aktivitäten und den Stellenwert des Themas „Europa“ in den Kommunen von NRW zu erhalten und damit praxisorientierte Kriterien für die geplante Auszeichnung bereitzustellen.

2. Eine Übersicht zur Projektentwicklung

2.1 Auswahl der Befragungsform

Jede Befragungsform hat ihre spezifischen Vor- und Nachteile, deren jeweilige Gewichtung unter Berücksichtigung der Forschungsziele eines Projekts meist unterschiedlich ausfällt. Der Einsatz qualitativ-offener Befragungsmethoden wurde im Rahmen der kommunalen Bestandsaufnahme in NRW unter Berücksichtigung der hohen Fallzahlen ausgeschlossen. Unter den Varianten quantitativ-standardisierter Befragungsformen war zu entscheiden, ob die Erhebung als Online-Befragung, in schriftlicher, telefonischer oder in mündlicher Form erfolgen sollte. Da sowohl persönliche als auch telefonische Methoden aus mehreren Gründen für das Projekt nicht realisierbar waren, wurde der Auswahlprozess auf die Alternativen einer postalischen und einer Online-Befragung beschränkt.

Die Option einer Online-Befragung wurde unter Berücksichtigung der zu befragenden Zielgruppe und angesichts zu erwartender technischer Nachteile letztlich verworfen. So war davon auszugehen, dass die Präsentation von Einzelitems eines Fragebogens via Bildschirm sich weniger flexibel als bei einem schriftlichen Layout erweisen könnte. Insbesondere die Abfrage von großen Frageblöcken mit hoher Itemdichte hätte bei einer Online-Befragung an Bildschirmen technische Probleme aufgeworfen. Als mögliches Risiko galt weiterhin die Frage nach der Akzeptanz einer Online-Befragung bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kommunalverwaltungen. Ein praktisches Problem resultierte aus der Frage, wie die Handhabung eines Online-Fragebogens technisch gesteuert werden kann, falls mehrere Personen für die Beantwortung der Fragen nötig sind. Um eine möglichst hohe Flexibilität bei der Handhabbarkeit des Fragebogens zu erreichen, sowie unter Beachtung der zeitlichen Rahmenbedingungen des Projekts und der Zumutbarkeitsgrenzen der zu befragenden Zielgruppe wurde letztlich entschieden, die Befragung postalisch und unter Einsatz eines standardisierten Fragebogens mit überwiegend geschlossenen Fragen durchzuführen.

2.2 Entwicklung des Erhebungsinstruments

Erfahrungsgemäß sind an die Entwicklung der Erhebungsinstrumente für postalische Befragungen besonders hohe Ansprüche zu stellen. Anders als bei mündlichen („face-to-face“) Interviews steht beispielsweise im Rahmen einer postalischen Befragung kein persönlicher Ansprechpartner bereit, der bei der Kontaktaufnahme die Probanden zur Teilnahme an der Befragung motiviert oder während der Befragung für Hilfestellungen zur Verfügung steht. Diese Funktionen müssen im Rahmen einer postalischen Befragung durch die schriftlichen Erhebungsmaterialien gewährleistet werden. Der Fragebogen muss so gestaltet sein, dass er zum einen auf die Zielgruppe motivierend wirkt und zum anderen in einfacher, selbsterklärender Form alle zur Bearbeitung notwendigen Informationen bereitstellt. Zusätzlich erfordern die Formulierungen der Einzelfragen und der Antwortvorgaben eine tiefer gehende inhaltliche Prüfung, da sie für die Befragten keinerlei Verständnisschwierigkeiten aufwerfen dürfen.

Die Operationalisierung einzelner Themenbereiche wurde gemeinsam und in enger Abstimmung zwischen der Bertelsmann Stiftung, der Staatskanzlei NRW und dem Deutschen Institut für Urbanistik umgesetzt. Da für die konkreten Messanweisungen nicht durchweg geprüfte Vorgaben aus früheren Studien zur Verfügung standen, wurden im Rahmen des Fragebogaufbaus auch neue und somit ungeprüfte Itemformulierungen entwickelt.

Als ein wichtiger Faktor für die Akzeptanz und Einsatztauglichkeit des Erhebungsinstruments war die Länge des Fragebogens anzusehen. Bereits bei den ersten Projektplanungen wurde in diesem Zusammenhang davon ausgegangen, dass zwischen der Komplexität des Untersuchungsthemas und der begrenzten „Aufwandstoleranz“ der Befragten ein Kompromiss zu finden war. Angestrebt wurde ein Erhebungsinstrument, dessen Bearbeitungszeit im Mittel bei etwa 15 Minuten lag.

2.3 Planung und Vorbereitung der Datenerhebung

Um der unterschiedlichen Zuordnung bzw. Zuständigkeit des Arbeitsfeldes „Europa“ innerhalb der Verwaltungsstrukturen von Städten, Gemeinden und Kreisen Rechnung zu tragen, wurden die zu befragenden **Zielpersonen** nicht vorab festgelegt. Vielmehr richtete sich der Fragebogen in den Kommunalverwaltungen jeweils in offener Form an diejenige/n Person/en, die aus Sicht der Verwaltungsspitze am ehesten über die EU-Aktivitäten in ihrer Stadt/Gemeinde bzw. in ihrem Kreis auskunftsfähig sind. Eine vorab exakt definierbare Grundgesamtheit der zu befragenden Personen lag somit nicht vor.

Die Befragung wurde als **Vollerhebung** aller Städte, Gemeinden und Kreise in NRW geplant. Die Entwicklung eines geeigneten Auswahlkonzepts, als vorbereitender Schritt zur Datenerhebung, konnte damit entfallen.

Die drei **Kommunalen Spitzenverbände** in Nordrhein-Westfalen wurden frühzeitig über einzelne Phasen der Projektrealisierung informiert und in die laufenden Diskussionen einbezogen. Die Unterstützung der Kommunalen Spitzenverbände war eine zentrale Voraussetzung, um eine möglichst hohe Akzeptanz des Vorhabens innerhalb der Zielpopulation erreichen zu können.

Die Befragung der Kommunalverwaltungen von Städten, Gemeinden und Kreisen zu EU-Aktivitäten und zum Stellenwert des Themas „Europa“ in den Kommunen bezieht sich auf ein thematisch weites Arbeitsfeld, zu dem nicht viele erprobte und getestete Fragebogenitems vorliegen. Der inhaltliche Aufbau des Erhebungsinstruments erfolgte deshalb im Rahmen dieses Projekts in großen Teilen über die Entwicklung neu formulierter Items. Um allgemeinen Verständnisschwierigkeiten bei der Bearbeitung der schriftlichen Erhebungsunterlagen vorzubeugen und um die Qualität der Messinstrumente, ihre Eignung für die einzelnen Fragestellungen sowie ihre Handhabbarkeit zu sichern, sollten solche Neuformulierungen erst nach ihrer vorherigen Prüfung durch einen so genannten „**Pretest**“ in einer Haupterhebung zum Einsatz kommen.

Ein entsprechender Pretest wurde Ende November, drei Wochen vor Beginn der Feldphase (Anfang Dezember 2011) durchgeführt. Insgesamt nahmen acht Kommunalverwaltungen aus vier Bundesländern an dem Pretest teil. Neben sechs Großstädten über 100.000 Einwohnern wurden auch eine Mittel- und eine Kleinstadt in den Pretest einbezogen. Bei den kontaktierten Personen handelte es sich um die Mitarbeiter/-innen aus mehreren Fachbereichen/Ämtern mit Zuständigkeiten im Bereich von EU-Angelegenheiten. Die Zielpersonen wurden vorab telefonisch über das Projekt informiert und um ihre Mitwirkung an dem Pretest gebeten. Anschließend wurde den Probanden der Fragebogen via Email als PDF-Datei zur Bearbeitung zugestellt. Der schriftliche Pretest wurde um telefonische („kognitive“) Pretestinterviews ergänzt. Kognitive Pretests zählen zu den „aktiven Techniken“ und werden vor allem eingesetzt, um das Verständnis von bestimmten Items, Fragen und Antwortvorgaben im Fragebogen zu überprüfen und vorhandene Verständnisprobleme aufzudecken.

Der Pretest brachte detaillierte Informationen über die mittlere Bearbeitungszeit einzelner Frageblöcke und des gesamten Fragebogens. Es zeigte sich, dass die angestrebte durchschnittliche Bearbeitungsdauer von ca. 15 Minuten mit dem vorliegenden Instrument erreicht worden ist. Dennoch äußerten einige Befragte die Befürchtung, dass dieser Bearbeitungsaufwand für bestimmte Kommunalverwaltungen höher ausfallen und die Teilnahmebereitschaft negativ beeinflussen könnte.

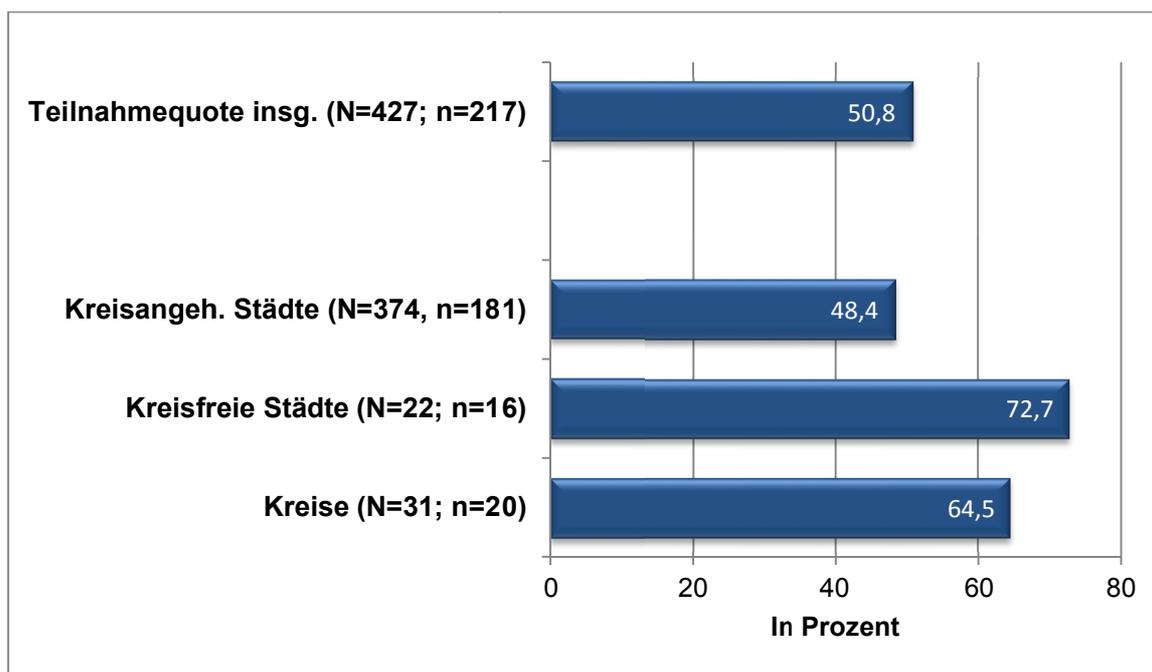
Ein weiteres Ziel des Pretests war es zu prüfen, ob sich die entwickelten neuen Indikatoren als praxistauglich erweisen. Als Gesamtbefund war festzuhalten, dass die formalen und technischen Voraussetzungen des Erhebungsinstruments für einen erfolgreichen Einsatz weitgehend gegeben waren: Das Sprachniveau und die Begrifflichkeiten der Fragebogenitems orientierten sich an der Zielgruppe und wurden überwiegend als verständlich und korrekt beschrieben. Das Anschreiben und der Einleitungstext im Fragebogen wurden als informativ empfunden. Erwartungsgemäß mussten in Folge der Pretestergebnisse allerdings mehrere Frageformulierungen und Antwortvorgaben verändert bzw. einzelne Items gestrichen werden. Der Pretest zeigte insgesamt aber auch, dass das entwickelte Erhebungsinstrument für eine postalische Befragung grundsätzlich geeignet war. Die Einsatzfähigkeit des Erhebungsinstruments wurde sowohl über die Ergebnisse des schriftlichen Pretests als auch durch die telefonischen Interviews bestätigt. Es ließen sich keine Hinweise auf gravierende inhaltliche oder technische Probleme finden.

3. Ergebnisse zu kommunalen EU-Aktivitäten in Nordrhein-Westfalen

3.1 Teilnahmequoten und Struktur der befragten Personen

Die Datenerhebung der Difu-Umfrage zu kommunalen EU-Aktivitäten in NRW startete Anfang Dezember 2011 mit dem postalischen Versand der Fragebögen. Eine Nachfassaktion unter den nichtteilnehmenden Kommunen wurde Anfang Januar 2012 durchgeführt. Bis Ende Januar 2012 war die Datenerhebung formell abgeschlossen, vereinzelte Nachsendungen von Fragebögen wurden jedoch noch bis Ende Februar 2012 zugestellt. Bis zu diesem Zeitpunkt trafen von den 427 kontaktierten Städten und Kreisen in NRW 217 auswertbare Fragebögen beim Difu ein, das entspricht einer Teilnahmequote von 50,8 Prozent (Abb. 1). Dieses Ergebnis kann, nicht zuletzt unter Berücksichtigung des ungünstigen Befragungszeitraums (Jahreswechsel 2011/2012), als durchaus positiv bewertet werden: Die teilweise recht komplexen Befragungsthemen und die Bearbeitungszeit des Fragebogens waren für viele Kommunen in NRW demnach auch ohne materielle Anreize kein Hindernis, um an der Befragung teilzunehmen.

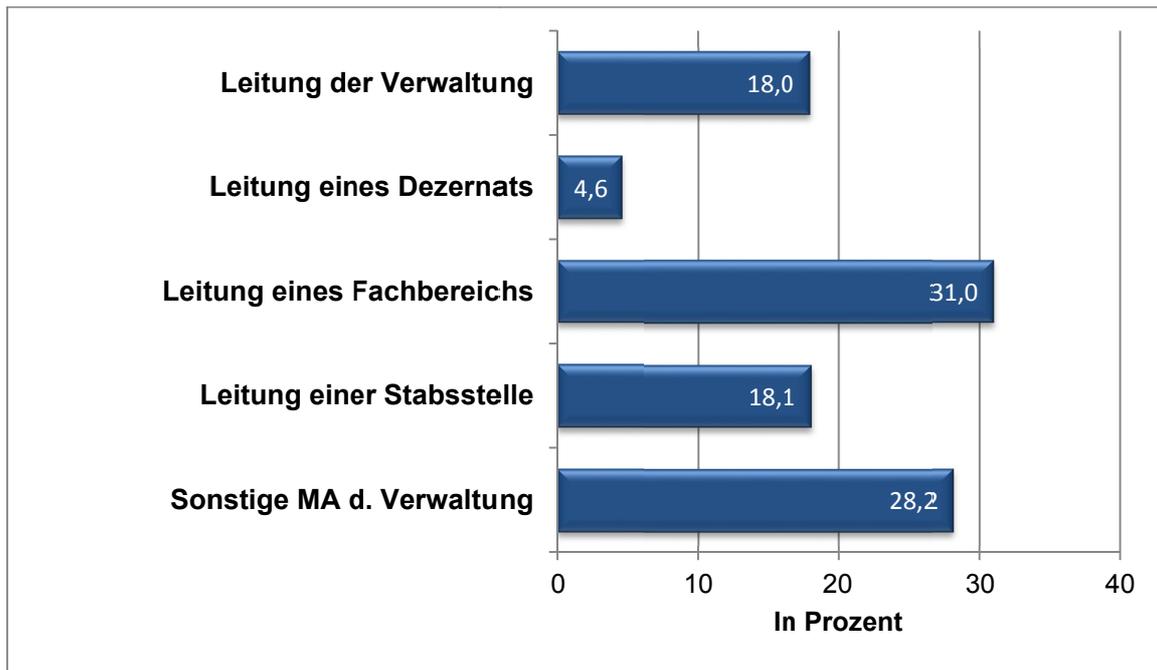
Abbildung 1: Teilnahmequoten von Städten und Kreisen in NRW (N=427)



Allerdings fiel die Beteiligung gerade in der größten kommunalen Teilgruppe der kreisangehörigen Städte und Gemeinden mit 48,4 Prozent deutlich niedriger aus als unter den kreisfreien Städten und Kreisen. Die Detailanalyse zeigt dabei, dass vor allem kleine Gemeinden (unter 10 Tsd. Einwohner) mit einem Rücklauf von nur rund 40 Prozent vergleichsweise selten bereit waren, an der Befragung mitzuarbeiten.

Die größte Teilgruppe unter den befragten Personen in den Kommunalverwaltungen setzt sich aus den Führungskräften eines Fachbereichs zusammen (31,0%). Ebenfalls relativ stark verbreitet sind mit über 28 Prozent „sonstige Mitarbeiter/innen der Verwaltung“; nicht selten handelt es sich dabei um die Europabeauftragten in den Kommunen. Vor allem in kleineren Gemeinden wurde der Fragebogen von der Verwaltungsleitung selbst beantwortet (Abb. 2).

Abbildung 2: Verwaltungspositionen der befragten Personen (n=217)

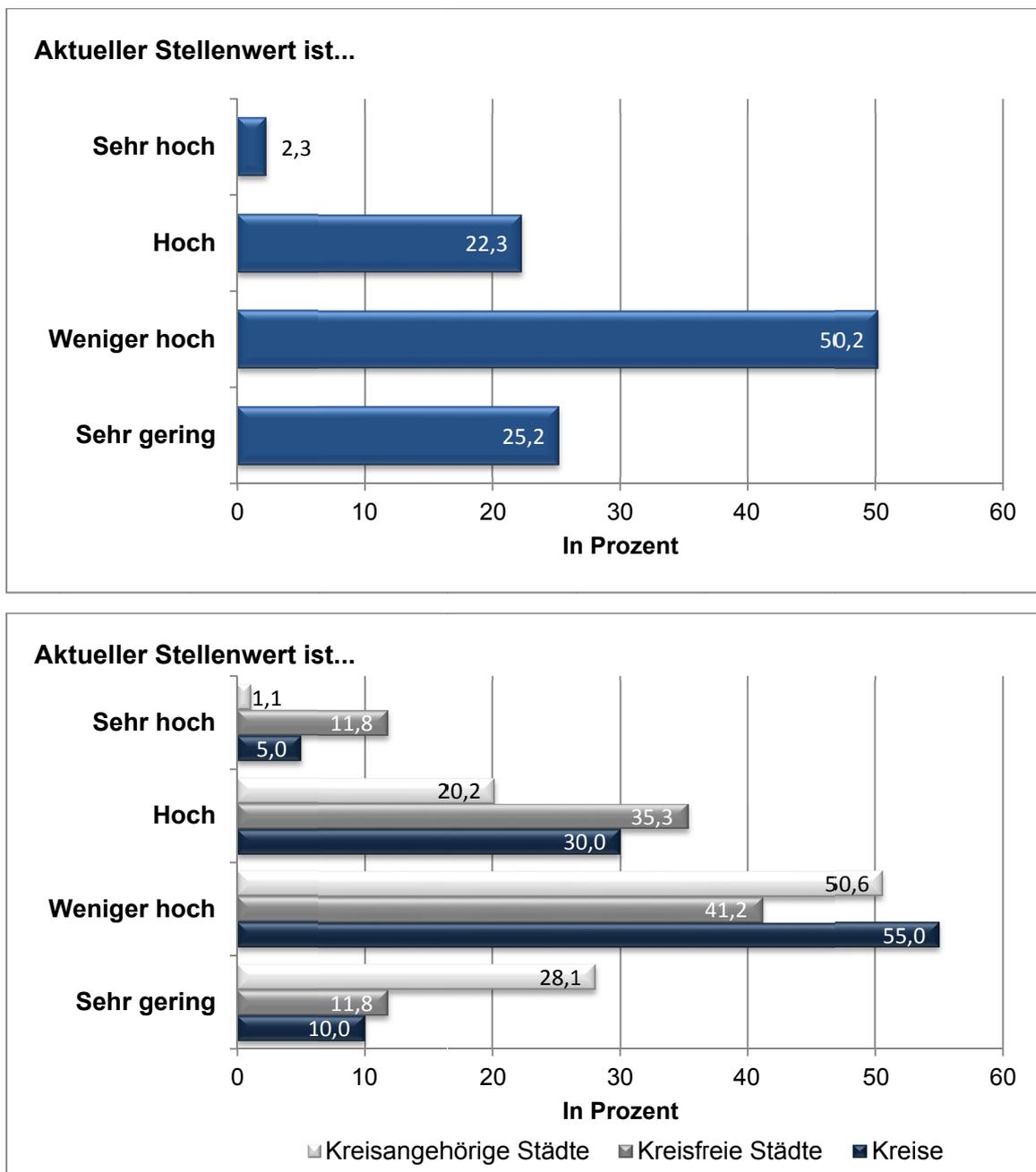


Die vorliegenden Fragebögen wurden von den bearbeitenden Personen überwiegend sorgfältig und lückenlos ausgefüllt. Antwortverweigerungen kamen nur selten vor. Der Datensatz ist dementsprechend nur durch wenige „fehlende Werte“ gekennzeichnet. Auf eine detaillierte Darstellung der Fallzahlen in den folgenden Abbildungen und Tabellen konnte deshalb verzichtet werden.

3.2 Zum Stellenwert des Themas „Europa“

Der aktuelle Stellenwert des Themas „Europa“ in der kommunalpolitischen Agenda wird von mehr als der Hälfte aller teilnehmenden Kommunen in NRW als „weniger hoch“ eingestuft (Abb. 3). Weitere 25,2 Prozent gehen von einem „sehr geringen“ Stellenwert in ihrer Kommune aus. Nur in rund jeder vierten der befragten Kommunen wird von einem „hohen“ bzw. „sehr hohen“ kommunalinternen Stellenwert des Themas „Europa“ berichtet.

Abbildung 3: Stellenwert des Themas „Europa“ in den Kommunen von NRW
„Welchen Stellenwert nimmt aus Ihrer Sicht das Thema „Europa“ zurzeit in der politischen Agenda Ihrer Kommune ein?“ (Frage 1 im Fragebogen)



Am stärksten ausgeprägt ist die Bedeutung des Themas „Europa“ unter den kreisfreien Städten in NRW. Immerhin mehr als 47 Prozent der Befragten in dieser Teilgruppe gehen hier momentan von einem „hohen“ bzw. „sehr hohen“ Stellenwert in ihrer Kommune aus. Den geringsten Stellenwert nimmt das Thema unter den kreisangehörigen Gemeinden ein; fast 80 Prozent (78,7%) der Kommunen in dieser Teilgruppe formulierten im Rahmen der Befragung einen „weniger hohen“ oder sogar „sehr geringen“ Stellenwert.

3.3 Vorbereitungsmaßnahmen auf neue EU-Aufgabenstellungen

Als Vorbereitungsmaßnahme für neue Aufgabenstellungen mit EU-Bezug wird von Seiten der Kommunalverwaltungen in NRW die „Information über Publikationen/Internet“ am häufigsten genutzt (Abb. 4). Ebenfalls relativ verbreitet sind „Eigeninitiativen“, im Sinne von „learning by doing“. „Hospitanzen oder Praktika“ von Mitarbeiter/innen der Verwaltungen nehmen demgegenüber als vorbereitende Maßnahmen für Aufgabenstellungen mit EU-Bezug den geringsten Stellenwert ein.

Während relativ viele (ca. 18% bis 24%) Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter in kreisfreien Städten angeben, zur Vorbereitung auch „professionelle“ bzw. kostenpflichtige Vorbereitungsmaßnahmen wie Workshops oder Seminare „oft“ zu nutzen, trifft dies unter den Befragten aus kreisangehörigen Gemeinden nur für deutlich weniger als 10 Prozent der Fälle zu (Tab. 1). Hier überwiegen als vorbereitende Maßnahmen „Eigeninitiative“ (16,6%) und „Information über Publikationen, Internet“ (24,3%). Grundsätzlich werden allerdings alle angeführten Formen von vorbereitenden Maßnahmen in den Verwaltungen kreisfreier Städte und von Kreisen (meist deutlich) häufiger genutzt, als in kreisangehörigen Städten und Gemeinden.

Abbildung 4: Vorbereitungsmaßnahmen auf EU-Aufgabenstellungen

„Wie werden Verwaltungsmitarbeiter/-innen in Ihrer Kommune auf neue Aufgabenstellungen mit EU-Bezug vorbereitet?“ (Frage 4)

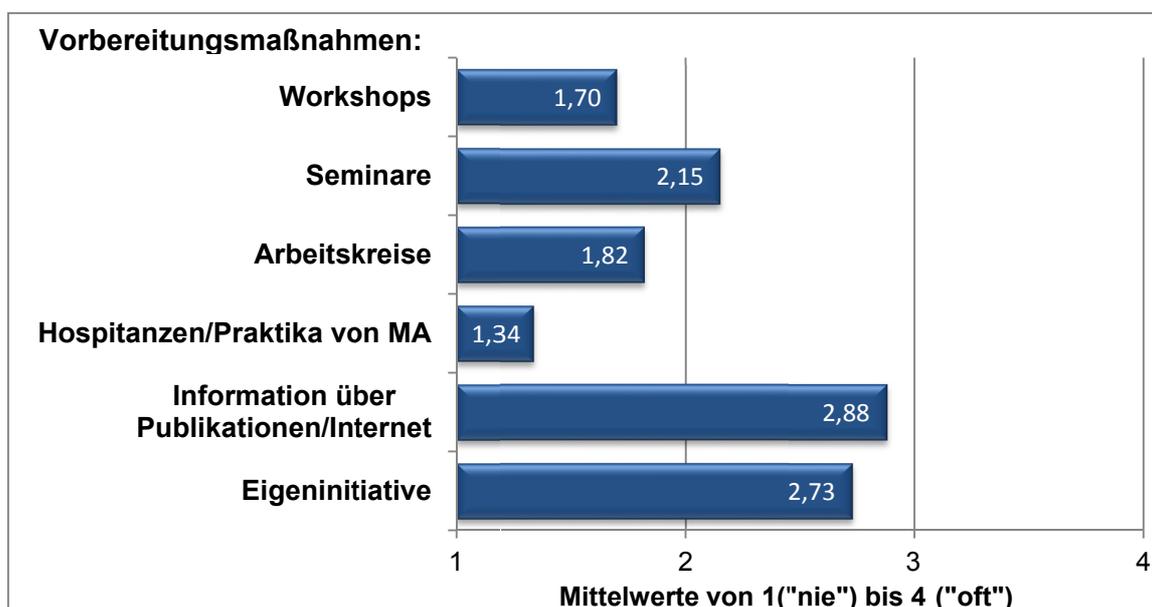


Tabelle 1: Vorbereitungsmaßnahmen auf EU-Aufgabenstellungen; nach Teilgruppen

		<i>Offt</i>	<i>Manchmal</i>	<i>Selten</i>	<i>Nie</i>
		In Prozent			
Workshops	KA	0,6	13,1	32,5	53,8
	KF	17,6	11,8	23,5	47,1
	K*	10,5	21,1	47,4	21,1
	Insg.:	3,1	13,8	33,2	50,0
Seminare	KA	6,0	29,8	31,5	32,7
	KF	23,5	11,8	41,2	23,5
	K	15,0	30,0	40,0	15,0
	Insg.:	8,3	28,3	33,2	30,2
Arbeitskreise	KA	1,2	17,3	33,3	48,1
	KF	17,6	11,8	23,5	47,1
	K	5,0	55,0	25,0	15,0
	Insg.:	3,0	20,6	31,7	44,7
Hospitanzen/ Praktika von MA	KA	1,3	3,8	10,9	84,0
	KF	5,9	11,8	41,2	41,2
	K	10,5	5,3	42,1	42,1
	Insg.:	2,6	4,7	16,7	76,0
Information über Publikationen/ Internet	KA	24,3	42,2	22,0	11,6
	KF	41,2	29,4	23,5	5,9
	K	70,0	20,0	-	10,0
	Insg.:	30,0	39,0	20,0	11,0
Eigeninitiative	KA	16,6	46,2	24,9	12,4
	KF	31,3	56,3	6,3	6,3
	K	31,6	31,6	31,6	5,3
	Insg.:	19,1	45,6	24,0	11,3

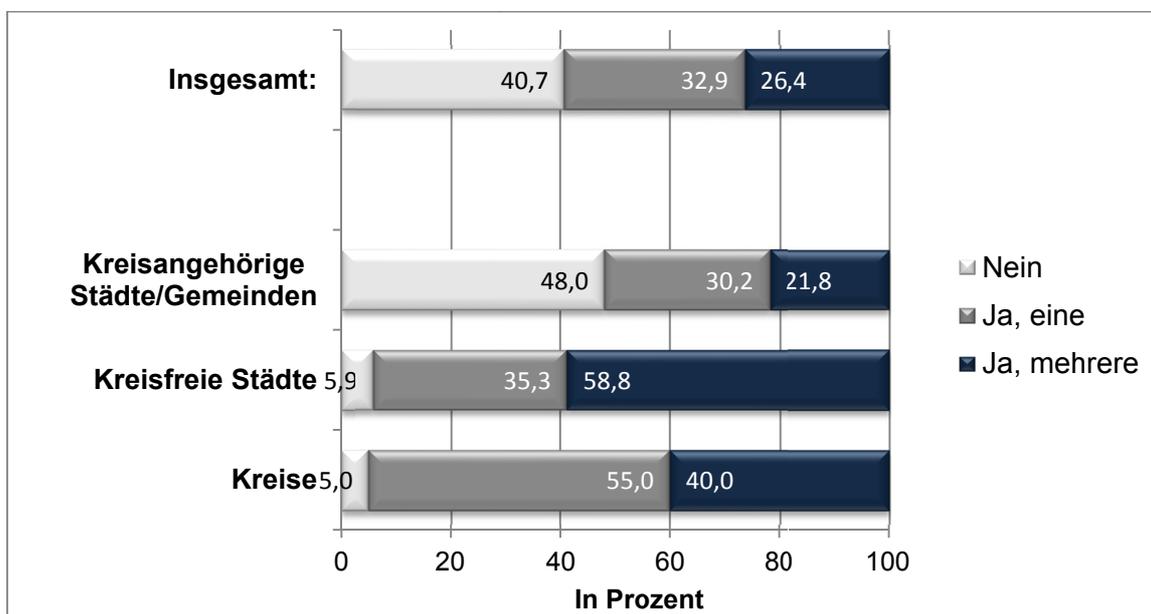
*Abkürzungen: KA= Kreisangehörige Städte/Gemeinden; KF= Kreisfreie Städte; K= Kreise

Die Ergebnisse aus den offenen Einträgen zur Kategorie „Sonstige Vorbereitungsmaßnahmen“ beziehen sich an dieser Stelle auf weniger als 10 Angaben. Unter anderem wurden hier „Dienstbesprechungen“ und die „Mitarbeit in EU-Projekten“ erwähnt.

3.4 Verwaltungsinterne Aufgaben und Organisation von EU-Angelegenheiten

Insgesamt verfügen über 40 Prozent der befragten Kommunen über keine eigene Dienststelle für EU-Angelegenheiten, wobei jedoch ein deutlicher Unterschied zwischen kreisangehörigen Städten/ Gemeinden einerseits und kreisfreien Städten sowie Kreisen andererseits sichtbar wird: Keine Dienststellen für EU-Angelegenheiten finden sich demnach vor allem unter den kreisangehörigen Städten und Gemeinden; kreisfreie Städte und Kreise verfügen umgekehrt weitaus häufiger über mindestens eine entsprechende Dienststelle. Vor allem kreisfreie Städte verteilen ihre Aufgaben mit EU-Bezug dabei mehrheitlich auf mehrere Verwaltungseinheiten. Unter den teilnehmenden Kreisen konzentrieren sich diese Aufgaben hingegen eher auf eine Dienststelle (Abb. 5).

Abbildung 5: Kommunale Dienststellen für EU-Angelegenheiten
 „Gibt es in Ihrer Stadt/ Gemeinde/Kreis eine oder mehrere Dienststelle/n, die mit EU-Angelegenheiten befasst ist bzw. sind?“ (Frage 6)



Die Befragten hatten in diesem Zusammenhang die Möglichkeit, die betreffende(n) Dienststelle(n) ihrer Kommunalverwaltung namentlich zu nennen. Insgesamt wurden dabei in den Fragebögen ca. 120 Einträge vorgenommen. Obwohl die Vielfalt der Verwaltungsstrukturen eine klare fachliche Zuordnung von Arbeitsbereichen erschwert, sind als Schwerpunkte für EU-Zuständigkeiten u.a. das „Hauptamt“, das „Büro des/der Bürgermeisters/in“, „Zentrale Dienste/Steuerung“ sowie die Bereiche „Finanzen“ und „Wirtschaftsförderung“ zu erkennen.

Die „Organisation bzw. Durchführung von Bürgerbegegnungen“ und die „Einbindung von bürgerschaftlichem Engagement (Städtepartnerschaftsvereine, Kirchen)“ zählen zu den am häufigsten genannten Aufgaben mit EU-Bezug (Abb. 6). Dies deutet an, dass entsprechende Kooperationen einen beachtlichen Leistungsumfang für die Kommunenverwaltungen zur Folge haben. Weiterhin stellen „Information und Interessenwahrnehmung“ wichtige Aufgabenbereiche dar, z.B. im Rahmen der „Auswertung und Bekanntmachung von EU-Richtlinien“ oder durch die „Auswertung von EU-Programmen“ hinsichtlich ihrer Bedeutung für kommunale Belange. Eher selten werden Funktionen der Öffentlichkeitsarbeit übernommen, z.B. im Bereich von „Stadtmarketing“ oder beim „Aufbau und Pflege eines Informationsdienstes zur eigenen EU-Arbeit“. Auch die „fachliche Betreuung von Städtetzwerken mit EU-Bezug“ oder die „Neubegründung von Städtepartnerschaften“ werden hier vergleichsweise selten genannt.

Abbildung 6: Verwaltungsinterne Aufgabenstellungen mit EU-Bezug
 „Wie oft übernehmen in Ihrer Stadt/Gemeinde/Kreis Mitarbeiter/-innen der Kommunalverwaltung die folgenden Aufgaben/ Funktionen?“ (Frage 5)



Die verwaltungsinternen Strukturen von EU-Aufgaben weisen für kreisfreie Städte, kreisangehörige Städte/Gemeinden und für Kreise durchaus große Ähnlichkeiten auf (Tab. 2). Die Aufgaben werden jedoch in kreisangehörigen Gemeinden in der Regel seltener als in kreisfreien Städten und Kreisen übernommen. Dies kann als Anzeichen für eine geringere „Professionalisierung“ der EU-Aufgaben unter kreisangehörigen Gemeinden gedeutet werden. Dem entspricht, dass über 52 Prozent der Befragten aus kreisangehörigen Städten und Gemeinden angeben, keine der angeführten Aufgaben „oft“ bzw. als „Hauptaufgabe“ auszuüben; dies trifft nur für rund 13 Prozent der Verwaltungskräfte in kreisfreien Städten und nur für 15 Prozent der Mitarbeiter/-innen der Kreisverwaltungen in NRW zu.

Tabelle 2: Verwaltungsinterne Aufgabenstellungen mit EU-Bezug; nach Teilgruppen

		Of	Manchmal	Selten	Nie
		In Prozent			
Organisation/ Durchführung von Bürgerbegegnungen (z.B. Besuche und Begegnungen von Vereinen, der kommunalen Politik und Verwaltung, Austausch von Schulen)	KA	29,6	45,8	11,2	13,4
	KF	58,8	35,3	5,9	-
	K*	35,0	40,0	10,0	15,0
	Insg.:	32,4	44,4	10,6	12,5
Themenorientierte Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungen (z.B. Fachkräfteaustausch, gemeinsame Workshops)	KA	6,7	22,9	30,7	39,7
	KF	23,5	41,2	29,4	5,9
	K	20,0	30,0	35,0	15,0
	Insg.:	9,3	25,0	31,0	34,7
Einbindung von bürgerschaftlichem Engagement (Städtepartnerschaftsvereine, Kirchen)	KA	26,8	45,8	13,4	14,0
	KF	52,9	35,3	5,9	5,9
	K	35,0	35,0	20,0	10,0
	Insg.:	29,6	44,0	13,4	13,0
Neubegründung von Städtepartnerschaften in den zurückliegenden zwei Jahren	KA	4,0	8,0	4,6	83,4
	KF	17,6	5,9	5,9	70,6
	K	5,0	5,0	30,0	60,0
	Insg.:	5,2	7,5	7,1	80,2
Inhaltliche Zusammenarbeit mit Städten außerhalb von Städtepartnerschaften	KA	2,8	24,4	26,7	46,0
	KF	25,0	37,5	31,3	6,3
	K	31,6	21,1	31,6	15,8
	Insg.:	7,1	25,1	27,5	40,3
Beantragung von EU-Fördermitteln (z.B. Strukturprogramme wie Interreg und/oder Aktionsprogramme „Jugend für Europa“/„Jugend in Aktion“, „Bürger/Bürgerinnen Europas“)	KA	10,2	31,6	34,5	23,7
	KF	43,8	43,8	6,3	6,3
	K	35,0	45,0	15,0	5,0
	Insg.:	15,0	33,8	30,5	20,7
Betreuung von EU-Projekten in verschiedenen Ämtern (z.B. Bereich Umwelt, Jugendamt usw.)	KA	4,0	27,3	39,2	29,5
	KF	31,3	43,8	25,0	-
	K	30,0	50,0	10,0	10,0
	Insg.:	8,5	30,7	35,4	25,5
Beratung in Bezug auf EU-Fördermöglichkeiten für Rat und Verwaltung	KA	3,4	23,0	41,6	32,0
	KF	35,3	29,4	23,5	11,8
	K	31,6	42,1	21,1	5,3
	Insg.:	8,4	25,2	38,3	28,0
Beratung in Bezug auf EU-Fördermöglichkeiten für lokale Unternehmen, Verbände etc.	KA	2,3	17,0	36,9	43,8
	KF	37,5	25,0	37,5	-
	K	33,3	44,4	5,6	16,7
	Insg.:	7,6	20,0	34,3	38,1
Beratung in Bezug auf EU-Fördermöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger	KA	2,8	14,8	42,0	40,3
	KF	25,0	12,5	31,3	31,3
	K	27,8	27,8	27,8	16,7
	Insg.:	6,7	15,7	40,0	37,6
Teilnahme an Gremien, Arbeitskreisen und Veranstaltungen mit EU-Bezug	KA	3,4	30,2	45,8	20,7
	KF	41,2	41,2	17,6	-
	K	50,0	40,0	10,0	-
	Insg.:	10,6	31,9	40,3	17,1
Kontaktpflege zu Mitarbeitern anderer Kommunen in Bezug auf EU-Themen	KA	2,2	26,3	40,2	31,3
	KF	35,3	41,2	17,6	5,9
	K	30,0	50,0	20,0	-
	Insg.:	7,4	29,6	36,6	26,4

Fortsetzung Tabelle 2

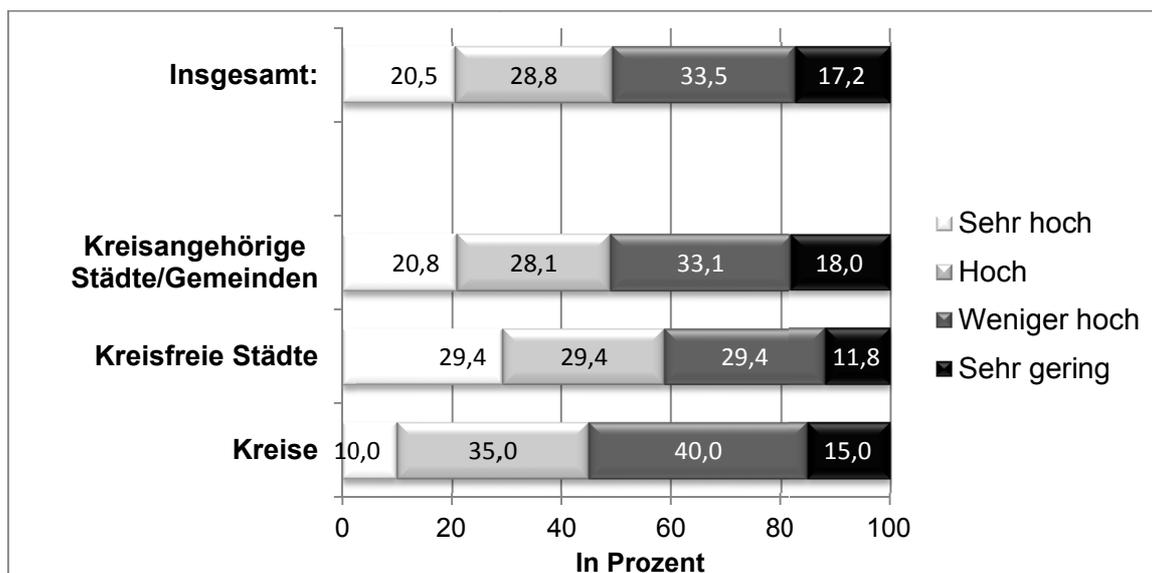
		<i>Off</i>	<i>Manchmal</i>	<i>Selten</i>	<i>Nie</i>
Kontaktpflege zu Land, Bund und Europäischem Parlament in Bezug auf EU-Angelegenheiten	KA	2,8	14,6	48,3	34,3
	KF	41,2	29,4	29,4	-
	K	35,0	45,0	15,0	5,0
	Insg.:	8,8	18,6	43,7	28,8
Ansprech-/Kontaktpartner für EU-Institutionen finden	KA	1,7	12,9	50,6	34,8
	KF	25,0	25,0	50,0	-
	K	30,0	40,0	20,0	10,0
	Insg.:	6,1	16,4	47,7	29,9
Mitgliedschaften in europaweit tätigen Verbänden, Vereinigungen usw. pflegen	KA	2,8	18,4	34,1	44,7
	KF	43,8	12,5	31,3	12,5
	K	25,0	20,0	30,0	25,0
	Insg.:	7,9	18,1	33,5	40,5
Mitwirkung am Aufbau neuer Kontaktnetze	KA	2,8	13,6	38,4	45,2
	KF	12,5	31,3	43,6	12,5
	K	20,0	35,0	30,0	15,0
	Insg.:	5,2	16,9	38,0	39,9
Fachliche Betreuung nationaler/ internationaler Städtenetzwerke mit EU-Bezug	KA	1,7	7,9	28,1	62,4
	KF	37,5	12,5	37,5	12,5
	K	5,6	16,7	27,8	50,0
	Insg.:	4,7	9,0	28,8	57,5
Planung und Durchführung von Veranstaltungen (z.B. Europawoche)	KA	6,7	19,0	27,9	46,4
	KF	29,4	23,5	41,2	5,9
	K	35,0	50,0	5,0	10,0
	Insg.:	11,1	22,2	26,9	39,8
Kommunikation mit der Bürgerschaft und mit Fördervereinen	KA	12,8	31,1	28,9	27,2
	KF	29,4	41,2	17,6	11,8
	K	35,0	15,0	25,0	25,0
	Insg.:	16,1	30,4	27,6	25,8
Stadtmarketing/-werbung in anderen EU-Staaten durchführen	KA	2,8	12,4	28,1	56,7
	KF	5,9	17,6	29,4	47,1
	K	10,0	10,0	35,0	45,0
	Insg.:	3,7	12,6	28,8	54,9
Aufbau und Pflege eines Informationsdienstes über die eigene Europa-Arbeit (z.B. Internetseiten, Newsletter)	KA	2,2	8,4	19,6	69,8
	KF	29,4	17,6	23,5	29,4
	K	30,0	10,0	15,0	45,0
	Insg.:	6,9	9,3	19,4	64,4
Beobachtung und Auswertung des EU-politischen Tagesgeschehens und Weiterleitung der relevanten Informationen an die Fachdienststellen	KA	7,8	18,4	37,4	36,3
	KF	35,3	47,1	11,8	5,9
	K	35,0	35,0	30,0	-
	Insg.:	12,5	22,2	34,7	30,6
Auswertung und Bekanntmachung von EU-Richtlinien und Verordnungen	KA	13,4	34,6	36,9	15,1
	KF	35,3	41,2	17,6	5,9
	K	35,0	45,0	15,0	5,0
	Insg.:	17,1	36,1	33,3	13,4
Auswertung von EU-Programmen hinsichtlich ihrer Relevanz für kommunale Problem- und Aufgabenstellungen	KA	11,2	31,3	44,7	12,8
	KF	41,2	41,2	17,6	-
	K	55,0	30,0	15,0	-
	Insg.:	17,6	31,9	39,8	10,6
Konzeption, Koordination und Management von EU-finanzierten Projekten	KA	7,3	25,8	37,6	29,2
	KF	29,4	35,3	29,4	5,9
	K	35,0	45,0	10,0	10,0
	Insg.:	11,6	28,4	34,4	25,6

*Abkürzungen: KA= Kreisangehörige Städte/Gemeinden; KF= Kreisfreie Städte; K= Kreise

Die Möglichkeit für Ergänzungen wurde im Fragebogen an dieser Stelle kaum genutzt. Die vorgegebenen Aufgabenbereiche im Fragebogen scheinen demnach die verwaltungsinternen Tätigkeitsfelder recht gut zu erfassen. Unter den drei offenen Einträgen zu „Sonstige Aufgabe“ wurde u.a. die „Durchführung von Grenzgängersprechtagen“ angeführt.

Bürgerschaftliches Engagement nimmt im Rahmen von EU-Aktivitäten nur bei weniger als der Hälfte der befragten Kommunen in NRW einen „hohen“ bzw. „sehr hohen“ Stellenwert ein (Abb. 7). Die größte Bedeutung kommt dem freiwilligen Bürgerengagement mit fast 59 Prozent unter den kreisfreien Städten zu. Erwartungsgemäß legt die Detailanalyse hier einen starken Zusammenhang zwischen der Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements innerhalb von Kommunen und der Struktur verwaltungsinterner Aufgabenstellungen (s. Abb. 6) offen: In Kommunen, die diesem Bereich eine hohe Bedeutung beimessen, sind Verwaltungsmitarbeiter/-innen im Rahmen ihrer Tätigkeit weitaus häufiger mit „der Einbindung von bürgerschaftlichem Engagement (Städtepartnerschaftsvereine, Kirchen usw.)“ beauftragt (s. Abb. 6) als in Kommunen, die dem freiwilligen Bürgerengagement einen eher kleinen Stellenwert einräumen (Korrelationsstärke: Tau-b= 0,51).

Abbildung 7: Der Stellenwert von bürgerschaftlichem Engagement
„Welchen Stellenwert hat bürgerschaftliches Engagement bei Aktivitäten mit Europa-Bezug in Ihrer Kommune?“ (Frage 9)



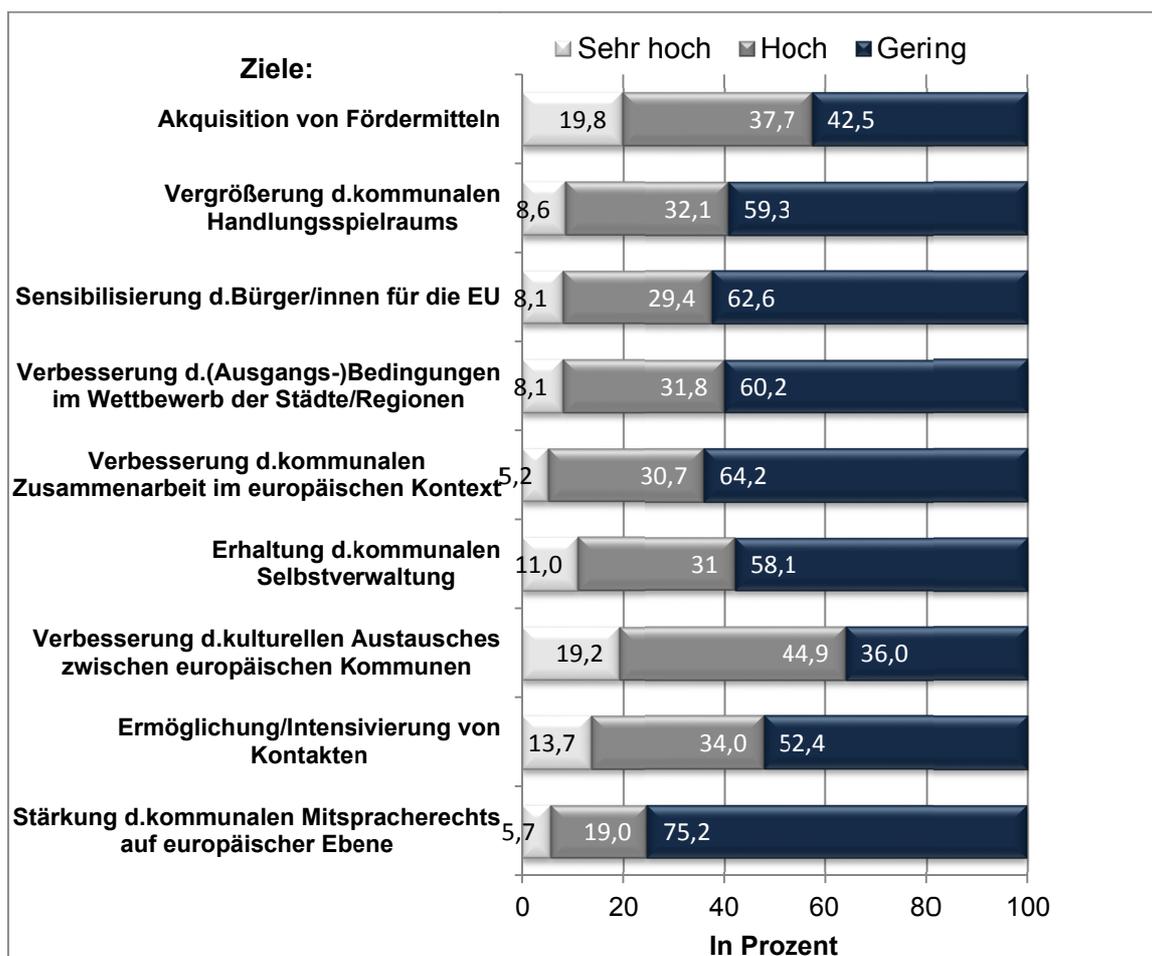
3.5 Kommunale Zielstellungen von EU-Aktivitäten

Die aktuellen EU-Aktivitäten der Kommunalverwaltungen in NRW richten sich insbesondere an zwei recht unterschiedlichen Zielstellungen aus (Abb. 8): Eine hohe Priorität erhält einerseits die „Verbesserung des kulturellen Austausches zwischen europäischen Kommunen“ (64,1%; Anteile „hoch“ und „sehr hoch“) andererseits aber auch die „Fördermittelakquise“ (57,5%; Anteile „hoch“ und „sehr hoch“). Weiterhin wird die „Ermöglichung bzw. Intensivierung von Kontakten (z.B. Netzwerkerweiterung)“ von den Kommunalverwaltun-

gen in NRW als Zielstellung ihrer EU-Aktivitäten vergleichsweise hoch bewertet. Viele andere der Ziele werden hinsichtlich ihrer Bedeutung hingegen als eher gering eingestuft. Insbesondere die „Stärkung des kommunalen Mitspracherechts auf europäischer Ebene“ nimmt dabei für rund 75 Prozent der teilnehmenden Kommunen in NRW als Zielstellung ihrer EU-Aktivitäten eine nur geringe Bedeutung ein.

Abbildung 8: Kommunale Zielstellungen von EU-Aktivitäten

„Wie sehr richten sich die aktuellen EU-Aktivitäten Ihrer Kommunalverwaltung an den folgenden Zielen aus?“ (Frage 8)



Unter den kreisangehörigen Städten/ Gemeinden ist durchweg eine erheblich geringere Bedeutung einzelner Zielstellungen als unter kreisfreien Städten und Kreisen festzustellen (Tab. 3). Lediglich die „Akquisition von Fördermitteln“ (ca. 52%) und vor allem die „Verbesserung des kulturellen Austausches zwischen europäischen Kommunen“ (ca. 62%) werden als Ziele der eigenen EU-Aktivitäten von einer Mehrheit unter den kreisangehörigen Städten/ Gemeinden hinsichtlich ihrer Bedeutung als „hoch“ bzw. „sehr hoch“ bewertet.

Tabelle 3: Kommunale Zielstellungen von EU-Aktivitäten; nach Teilgruppen

		Sehr hoch	Hoch	Gering
		In Prozent		
Akquisition von Fördermitteln	KA	16,5	35,8	47,7
	KF	37,5	50,0	12,5
	K*	35,0	45,0	20,0
Vergrößerung des kommunalen Handlungsspielraums	KA	4,6	30,5	64,9
	KF	31,3	43,8	25,0
	K	26,3	36,8	36,8
Sensibilisierung der Bürger/-innen für Europa und die Europäische Union	KA	5,7	29,1	65,1
	KF	18,8	37,5	43,8
	K	20,0	25,0	55,0
Verbesserung der kommunalen (Ausgangs-) Bedingungen im Wettbewerb der Städte und Regionen	KA	5,1	27,8	67,0
	KF	25,0	50,0	25,0
	K	21,1	52,6	26,3
Verbesserung und Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im europäischen/ internationalen Kontext	KA	2,3	26,7	71,0
	KF	25,0	50,0	25,0
	K	15,0	50,0	35,0
Erhaltung der kommunalen Selbstverwaltung als besondere Stärke deutscher Städte und Gemeinden	KA	7,5	31,6	60,9
	KF	25,0	25,0	50,0
	K	30,0	30,0	40,0
Verbesserung des kulturellen Austausches zwischen europäischen Kommunen	KA	18,0	43,8	38,2
	KF	37,5	37,5	25,0
	K	15,0	60,0	25,0
Ermöglichung und Intensivierung von Kontakten (z.B. Netzwerkerweiterung)	KA	10,8	28,4	60,8
	KF	37,5	43,8	18,8
	K	20,0	75,0	5,0
Stärkung des kommunalen Mitspracherechts auf europäischer Ebene	KA	2,3	16,1	81,6
	KF	31,3	25,0	43,8
	K	15,0	40,0	45,0

*Abkürzungen: KA= Kreisangehörige Städte/Gemeinden; KF= Kreisfreie Städte; K= Kreise

Die Möglichkeit, im Fragebogen zu diesem Thema textliche Ergänzungen vorzunehmen, wurde nur selten wahrgenommen. Die Ergebnisse aus den offenen Einträgen zur Kategorie „Weitere Ziele ihrer EU-Aktivitäten“ beziehen sich auf weniger als 10 Angaben. Unter anderem wurden hier „Beiträge zum Stadtmarketing“ und die „Förderung der Integration“ erwähnt.

3.6 Kooperationen und Netzwerke mit EU-Bezug

Die häufigsten Kooperationen mit EU-Bezug finden in NRW zwischen den Kommunalverwaltungen statt (Abb. 9). Dies gilt sowohl für lokale Kooperationen zwischen Kreisverwaltung und den kreisangehörigen Gemeinden als auch für die überregionalen Kooperationen zwischen den Kommunalverwaltungen. Bezogen auf alle Kommunen werden lokale EU-Kooperationen vor allem mit Vereinen praktiziert. Eine nennenswerte Rolle spielen als kommunale Kooperationspartner aber auch (Aus-)Bildungseinrichtungen sowie Unternehmen der Privatwirtschaft. Eher selten werden als lokale Kooperationspartner für EU-Projekte hingegen Arbeitsagenturen, Forschungsinstitute und Gewerkschaften genannt. Die Kooperationsstrukturen zwischen lokalen und auswärtigen Partnern weisen große Ähnlichkeiten auf, allerdings kooperieren die Kommunen erwartungsgemäß insgesamt häufiger mit lokalen als mit auswärtigen Partnern.

Abbildung 9: Kommunale Kooperationspartner für EU-Projekte
 „Mit welchen lokalen Partnern (in Ihrer Stadt/Gemeinde/Kreis) und mit welchen auswärtigen Partnern kooperiert(e) Ihre Kommunalverwaltung bislang im Rahmen von Projekten mit EU-Bezug?“ (Frage 10)

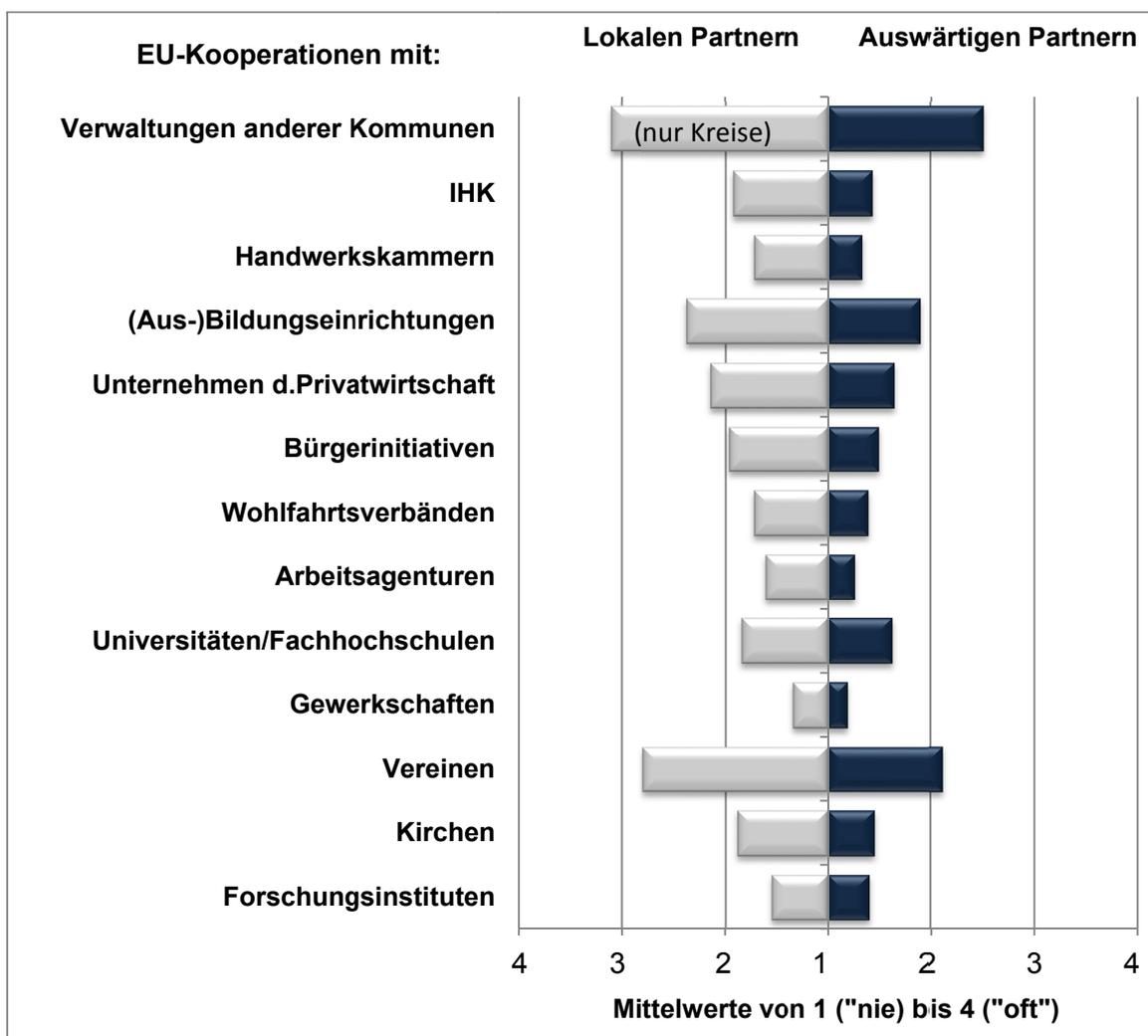


Tabelle 4: Kommunale Kooperationspartner für EU-Projekte; nach Teilgruppen

		Oft		Manchmal		Selten		Nie	
		Lokal	Ausw.	Lokal	Ausw.	Lokal	Ausw.	Lokal	Ausw.
		In Prozent							
Verwaltungen anderer Kommunen	KA	-	14,5	-	33,7	-	28,9	-	22,9
	KF	-	50,0	-	21,4	-	28,6	-	-
	K*	50,0	42,1	35,0	21,1	10,0	31,6	5,0	5,3
	Insg.:	50,0	19,6	35,0	31,7	10,0	29,1	5,0	19,6
IHK	KA	4,3	0,6	10,4	3,8	34,8	21,9	50,6	73,8
	KF	37,5	7,7	43,8	23,1	18,8	38,5	-	30,8
	K	30,0	10,5	40,0	10,5	20,0	42,1	10,0	36,8
	Insg.:	9,5	2,1	16,0	5,7	32,0	25,0	42,5	67,2
Handwerkskammern	KA	1,8	-	8,6	3,1	31,3	19,9	58,3	77,0
	KF	12,5	-	37,5	23,1	43,8	30,8	6,3	46,2
	K	25,0	5,3	25,0	10,5	35,0	26,3	15,0	57,9
	Insg.:	5,0	0,5	12,6	5,2	32,7	21,2	49,7	73,1
(Aus-)Bildungseinrichtungen	KA	13,6	5,5	25,4	20,2	30,8	24,5	30,2	49,7
	KF	31,3	15,4	43,8	30,8	25,0	23,1	-	30,8
	K	40,0	15,8	45,0	21,1	5,0	31,6	10,0	31,6
	Insg.:	17,6	7,2	28,8	21,0	27,8	25,1	25,9	46,7
Unternehmen der Privatwirtschaft	KA	2,4	0,6	27,1	11,2	38,0	31,1	32,5	57,1
	KF	31,3	15,4	37,5	23,1	25,0	15,4	6,3	46,2
	K	15,0	5,3	55,0	31,6	25,0	31,6	5,0	31,6
	Insg.:	5,9	2,1	30,7	14,0	35,6	30,1	27,7	53,9
Bürgerinitiativen	KA	12,5	4,3	15,5	8,1	25,0	16,8	47,0	70,8
	KF	18,8	15,4	25,0	7,7	43,8	15,4	12,5	61,5
	K	-	-	21,1	15,8	42,1	26,3	36,8	57,9
	Insg.:	11,8	4,7	16,7	8,8	28,1	17,6	43,3	68,9
Wohlfahrtsverbänden	KA	2,4	0,6	13,3	5,0	27,7	23,0	56,6	71,4
	KF	6,3	-	56,3	30,8	31,3	15,4	6,3	53,8
	K	5,0	-	20,0	10,5	45,0	31,6	30,0	57,9
	Insg.:	3,0	0,5	17,3	7,3	29,7	23,3	50,0	68,9
Arbeitsagenturen	KA	3,0	0,6	6,6	1,9	22,2	11,2	68,3	86,3
	KF	25,0	-	18,8	14,3	37,5	35,7	18,8	50,0
	K	20,0	11,1	20,0	11,1	40,0	22,2	20,0	55,6
	Insg.:	6,4	1,6	8,9	3,6	25,1	14,0	59,6	80,8
Universitäten/ Fachhochschulen	KA	3,6	1,9	13,3	6,9	23,6	25,0	59,4	66,3
	KF	56,3	35,7	18,8	28,6	18,8	28,6	6,3	7,1
	K	30,0	10,5	35,0	31,6	15,0	15,8	20,0	42,1
	Insg.:	10,4	5,2	15,9	10,9	22,4	24,4	51,2	59,6
Gewerkschaften	KA	0,6	0,6	3,6	1,9	16,4	9,4	79,4	88,1
	KF	6,3	-	25,0	23,1	18,8	7,7	50,0	69,2
	K	-	-	15,0	5,3	35,0	21,1	50,0	73,7
	Insg.:	1,0	0,5	6,5	3,6	18,4	10,4	74,1	85,4

Fortsetzung Tabelle 4

		Oft		Manchmal		Selten		Nie	
		Lokal	Ausw.	Lokal	Ausw.	Lokal	Ausw.	Lokal	Ausw.
		In Prozent							
Vereinen	KA	30,8	16,0	30,8	23,3	24,4	19,0	14,0	41,7
	KF	25,0	15,4	50,0	23,1	18,8	15,4	6,3	46,2
	K	35,0	10,5	30,0	21,1	20,0	26,3	15,0	42,1
	Insg.:	30,8	15,4	32,2	23,1	23,6	19,5	13,5	42,1
Kirchen	KA	4,8	-	22,8	11,3	29,9	24,4	42,5	64,4
	KF	6,3	7,7	25,0	7,7	31,3	7,7	37,5	76,9
	K	-	-	10,0	5,3	55,0	15,8	35,0	78,9
	Insg.:	4,4	0,5	21,7	10,4	32,5	22,4	41,4	66,7
Forschungsinstituten	KA	0,6	0,6	7,9	3,7	15,8	17,3	75,8	78,4
	KF	37,5	30,8	18,8	-	31,3	38,5	12,5	30,8
	K	20,0	10,5	30,0	15,8	25,0	31,6	25,0	42,1
	Insg.:	5,5	3,6	10,9	4,6	17,9	20,1	65,7	71,6

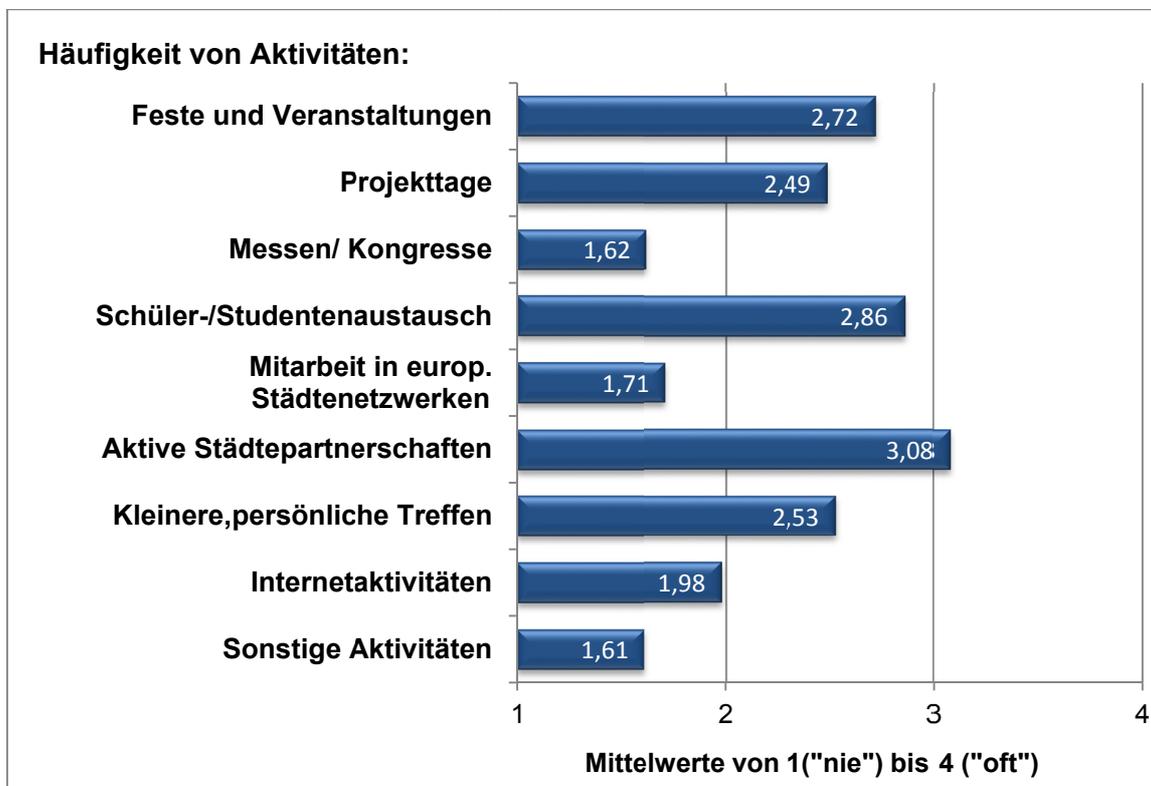
*Abkürzungen: KA= Kreisangehörige Städte/Gemeinden; KF= Kreisfreie Städte; K= Kreise

Die Kooperationsstrukturen mit lokalen oder auswärtigen Partnern weisen für kreisangehörige Städte/ Gemeinden, kreisfreie Städte und für Kreise keine gravierenden Unterschiede auf (Tab. 4). Allerdings arbeiten kreisangehörige Städte/ Gemeinden mit nahezu allen angeführten Partnern (meist deutlich) seltener in EU-Angelegenheiten zusammen als kreisfreie Städte oder Kreise. Eine Ausnahme findet sich allerdings in Bezug auf die Zusammenarbeit mit (lokalen) Vereinen: Entsprechende Kooperationen finden, ähnlich wie bei den beiden anderen kommunalen Teilgruppen, auch unter kreisangehörigen Gemeinden zu über 60 Prozent „manchmal“ oder sogar „oft“ statt.

Textliche Ergänzungen im Fragebogen zu weiteren kommunalen Kooperationspartnern im Zusammenhang mit EU-Aktivitäten wurden kaum vorgenommen. Die Ergebnisse aus den offenen Einträgen zur Kategorie „Sonstige Kooperationspartner“ beziehen sich auf weniger als 10 Angaben. Unter anderem wurden hier „Partnerschaftsvereine“, „Jugendcamps“ und die „Feuerwehr“ erwähnt.

Kooperationen mit EU-Bezug werden in NRW am häufigsten im Rahmen von „aktiven Städtepartnerschaften“ durchgeführt, aber auch „Schüler- bzw. Studentenaustausche“ sowie die Durchführung von „Festen und Veranstaltungen“ sind häufig genannte Aktivitäten, die mit den jeweiligen Kooperationspartnern vergleichsweise gerne genutzt werden (Abb. 10). Ebenfalls von Bedeutung für die Umsetzung von EU-Kontakten sind allerdings auch „kleinere, persönliche Treffen“ sowie „Projektstage“ (z.B. in Schulen). Weitaus seltener werden für Kooperationen mit EU-Bezug Aktivitäten wie „Messen/Kongresse“ oder die „Mitarbeit in europäischen Städtenetzwerken“ genutzt.

Abbildung 10: Häufigkeit von Aktivitäten im Rahmen von EU-Kooperationen
 „Und welche Aktivitäten mit EU-Bezug wurden in Ihrer Stadt/ Gemeinde mit diesen Kooperationspartnern bislang schon genutzt?“ (Frage 11)



Grundsätzlich werden für die Durchführung von EU-Aktivitäten in kreisangehörigen Städten/ Gemeinden durchaus vergleichbare Formate genutzt wie in kreisfreien Städten oder Kreisen (Tab. 5). Allerdings kann für kreisangehörige Gemeinden auch in diesem Zusammenhang eine allgemein niedrigere Nutzungshäufigkeit festgestellt werden als unter den beiden anderen kommunalen Teilgruppen. Eine hervorhebenswerte Ausnahme bilden allerdings „kleinere, eher persönliche/ informelle Treffen“. Ähnlich wie bei kreisfreien Städten oder Kreisen versuchen auch über 50 Prozent der kreisangehörigen Gemeinden, EU-Projekte über direkte, „zwischenmenschliche“ Kontakte voranzubringen. „Europa“ entwickelt sich auf kommunaler Ebene also auch außerhalb von Großveranstaltungen und Förderprogrammen.

Die im Fragebogen enthaltenen Vorgaben scheinen die kommunalen Aktivitätsformen vor Ort weitgehend zu erfassen. Die Ergebnisse aus den offenen Einträgen zur Kategorie „Sonstige Aktivitäten“ beziehen sich nur auf weniger als 10 Angaben. Unter anderem wurden hier „Grenzüberschreitender Tourismus“, die „Beantragung von Fördermitteln“ und die „Umsetzung von Projekten“ erwähnt.

Tabelle 5: Häufigkeit von Aktivitäten im Rahmen von EU-Kooperationen; nach Teilgruppen

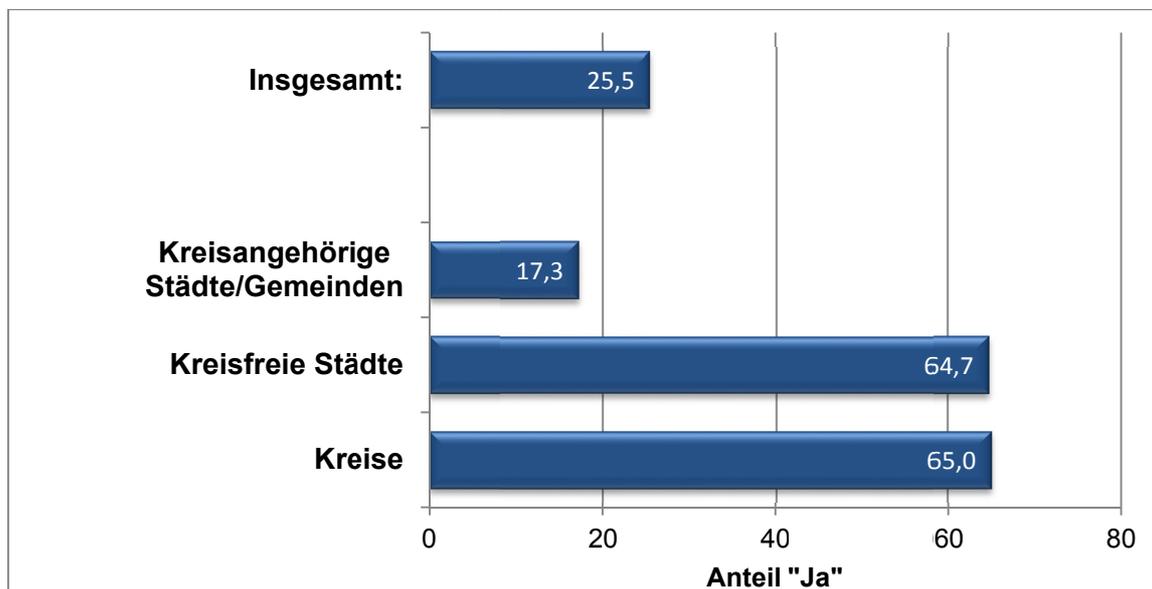
		<i>Offt</i>	<i>Manchmal</i>	<i>Selten</i>	<i>Nie</i>
		In Prozent			
Feste und Veranstaltungen	KA	27,0	29,9	24,7	18,4
	KF	43,8	25,0	18,8	12,5
	K*	45,0	25,0	20,0	10,0
	Insg.:	30,0	29,0	23,8	17,1
Projekttag (z.B. in Schulen)	KA	10,9	37,1	30,3	21,7
	KF	43,8	43,8	6,3	6,3
	K	45,0	20,0	15,0	20,0
	Insg.:	16,6	36,0	27,0	20,4
Messen und Kongresse	KA	2,3	8,1	27,9	61,6
	KF	6,3	31,3	31,3	31,3
	K	20,0	15,0	25,0	40,0
	Insg.:	4,3	10,6	27,9	57,2
Schüler-/ Studentenaustausch	KA	33,3	29,4	24,9	12,4
	KF	68,7	25,0	-	6,3
	K	35,0	15,0	20,0	30,0
	Insg.:	36,2	27,7	22,5	13,6
Mitarbeit in europäischen Städtenetzwerken	KA	2,3	12,9	28,7	56,1
	KF	37,5	31,3	18,8	12,5
	K	10,0	-	25,0	65,0
	Insg.:	5,8	13,0	27,5	53,6
Aktive Städtepartnerschaften	KA	48,6	26,0	8,5	16,9
	KF	62,5	18,8	18,8	-
	K	45,0	25,0	10,0	20,0
	Insg.:	49,3	25,4	9,4	16,0
Kleinere, eher persönliche Treffen	KA	18,2	29,0	37,5	15,3
	KF	18,8	31,3	43,8	6,3
	K	26,3	36,8	21,1	15,8
	Insg.:	19,0	29,9	36,5	14,7
Internetaktivitäten (z.B. Foren, Verlinkung von Websites usw.)	KA	5,7	14,9	39,7	39,7
	KF	25,0	25,0	31,3	18,8
	K	15,0	30,0	40,0	15,0
	Insg.:	8,1	17,1	39,0	35,7

*Abkürzungen: KA= Kreisangehörige Städte/Gemeinden; KF= Kreisfreie Städte; K= Kreise

Nur ein Viertel der befragten Kommunen in NRW gibt im Rahmen der Difu-Umfrage an, Mitglied von Städtenetzwerken bzw. von regionalen Netzwerken mit europäischer Ausrichtung zu sein (Abb. 11). Besonders auffällig ist hier der Unterschied zwischen den (meist kleineren) kreisangehörigen Städten/Gemeinden einerseits und den kreisfreien Städten sowie den Kreisen andererseits: Die kreisfreien Städte und die Kreise sind jeweils zu knapp zwei Dritteln Mitglieder in einem entsprechenden Netzwerk; dies trifft nur für 17,3 Prozent der kreisangehörigen Gemeinden zu.

Abbildung 11: Kommunale Einbindung in Netzwerken mit EU-Bezug

„Ist Ihre Stadt/ Gemeinde (Kreis) Mitglied von Städtenetzwerken (regionalen Netzwerken) mit europäischer Ausrichtung?“ (Frage 12)



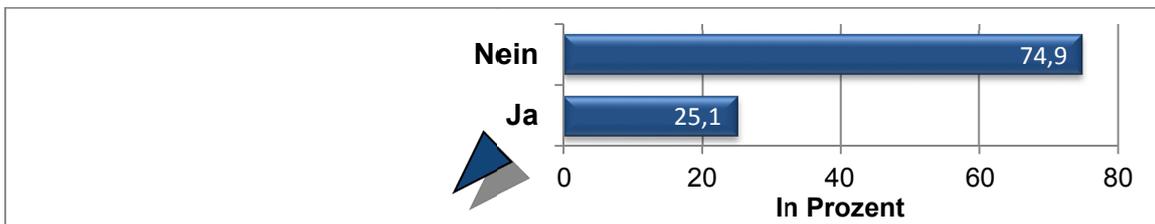
In den Fragebögen von über 50 Kommunen wurden an dieser Stelle die Namen der betreffenden Städte- bzw. regionalen Netzwerke genannt. Zu den von Städten und Kreisen am häufigsten erwähnten Netzwerken gehören „Euregio“ und „RGRE“. Unter den kreisfreien Städten und kreisangehörigen Städten/ Gemeinden wurden darüber hinaus mehrfach die Netzwerke von „Eurocities“ und der „Internationale Hansebund“ angeführt.

Die Detailanalyse weist dabei auf einen starken Zusammenhang zwischen der Vernetzung und dem "Aktivitätsgrad" von Kommunen in NRW hin: Summiert man für Kommunen mit bzw. ohne Netzwerkeinbindung in den Bereichen „Kooperationspartner“ (s. Abb. 9) und „Aktivitäten im Rahmen von EU-Kooperationen“ (s. Abb. 10) für alle Vorgaben jeweils die Antworten „oft“ oder „manchmal“ auf, so zeigt sich, dass Kommunen mit Netzwerkeinbindung durchschnittlich 8,5 Kooperationspartner und 4,9 Aktivitäten erreichen. Kommunen ohne Netzwerkeinbindung arbeiten hingegen im Mittel nur mit 3,9 Kooperationspartnern „oft“ bzw. „manchmal“ zusammen und nutzen dabei durchschnittlich nur 2,9 Aktivitätsformen. Die beiden Gruppenunterschiede sind hoch signifikant.

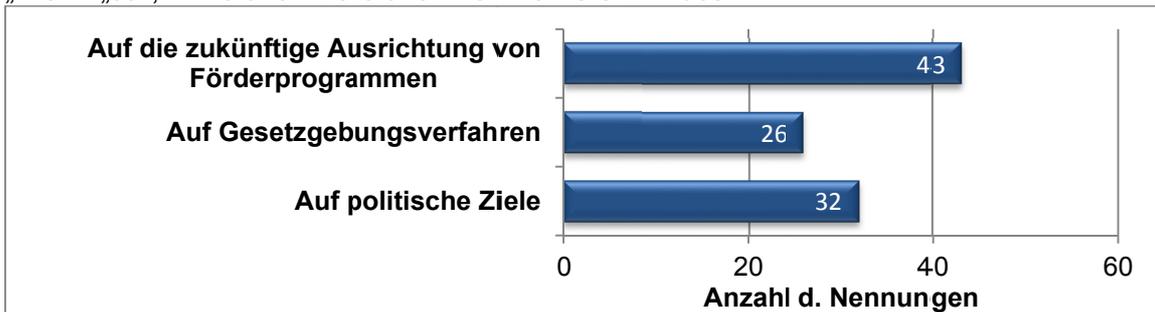
3.7 Kommunale Einflussmöglichkeiten auf die EU

Nur rund ein Viertel der Kommunen in NRW nutzt laut eigener Angabe Einflussmöglichkeiten auf die EU (Abb. 12). Am häufigsten werden hier Einflussnahmen „auf die zukünftige Ausrichtungen von Förderprogrammen“ angeführt. Die Einflussnahme im legislativen Bereich wird hingegen am seltensten genannt. Entsprechende Einflussnahmen erfolgen vor allem über Kontakte zu Europaabgeordneten sowie über die kommunalen Spitzenverbände. Auch der Weg über die Landesministerien wird von Seiten der Kommunalverwaltungen relativ häufig genannt. Eher selten wird hingegen versucht, Einfluss über Fachgremien der EU zu nehmen oder über eigene Stellungnahmen zu bewirken.

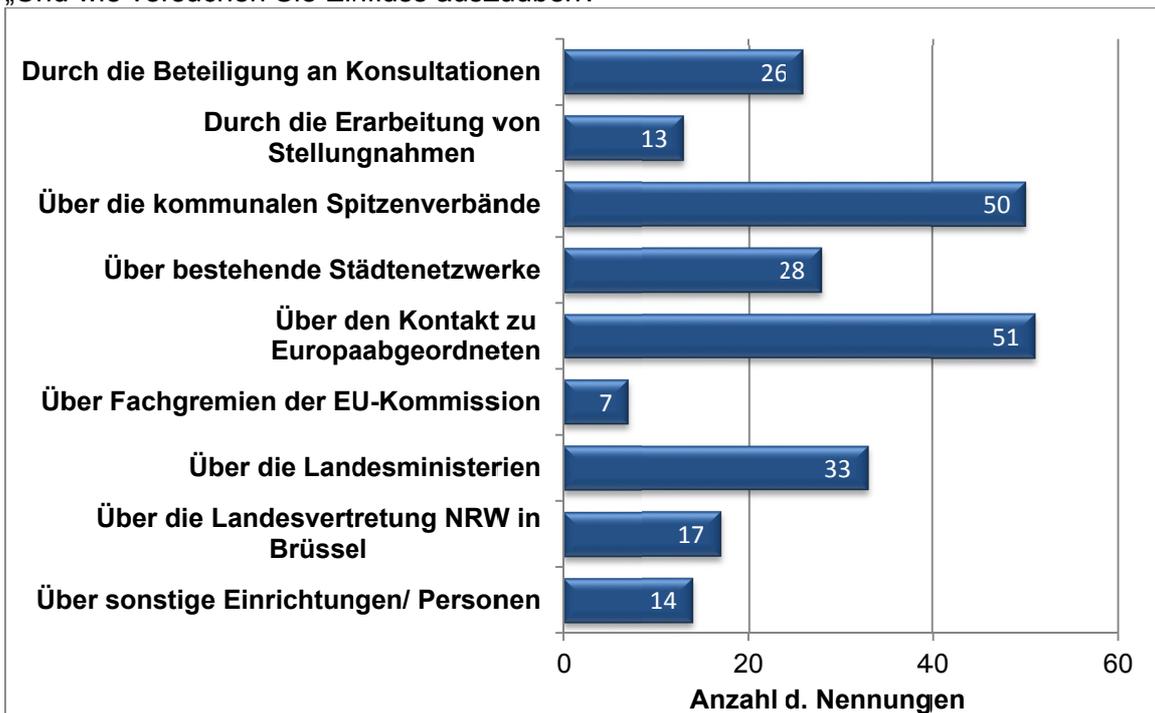
Abbildung 12: Nutzung kommunaler Einflussmöglichkeiten auf die EU
 „Nutzen Sie für Ihre Kommune Einflussmöglichkeiten auf die EU?“ (Frage 13)



„Wenn „Ja“, in welchen Bereichen nehmen Sie Einfluss?“



„Und wie versuchen Sie Einfluss auszuüben?“



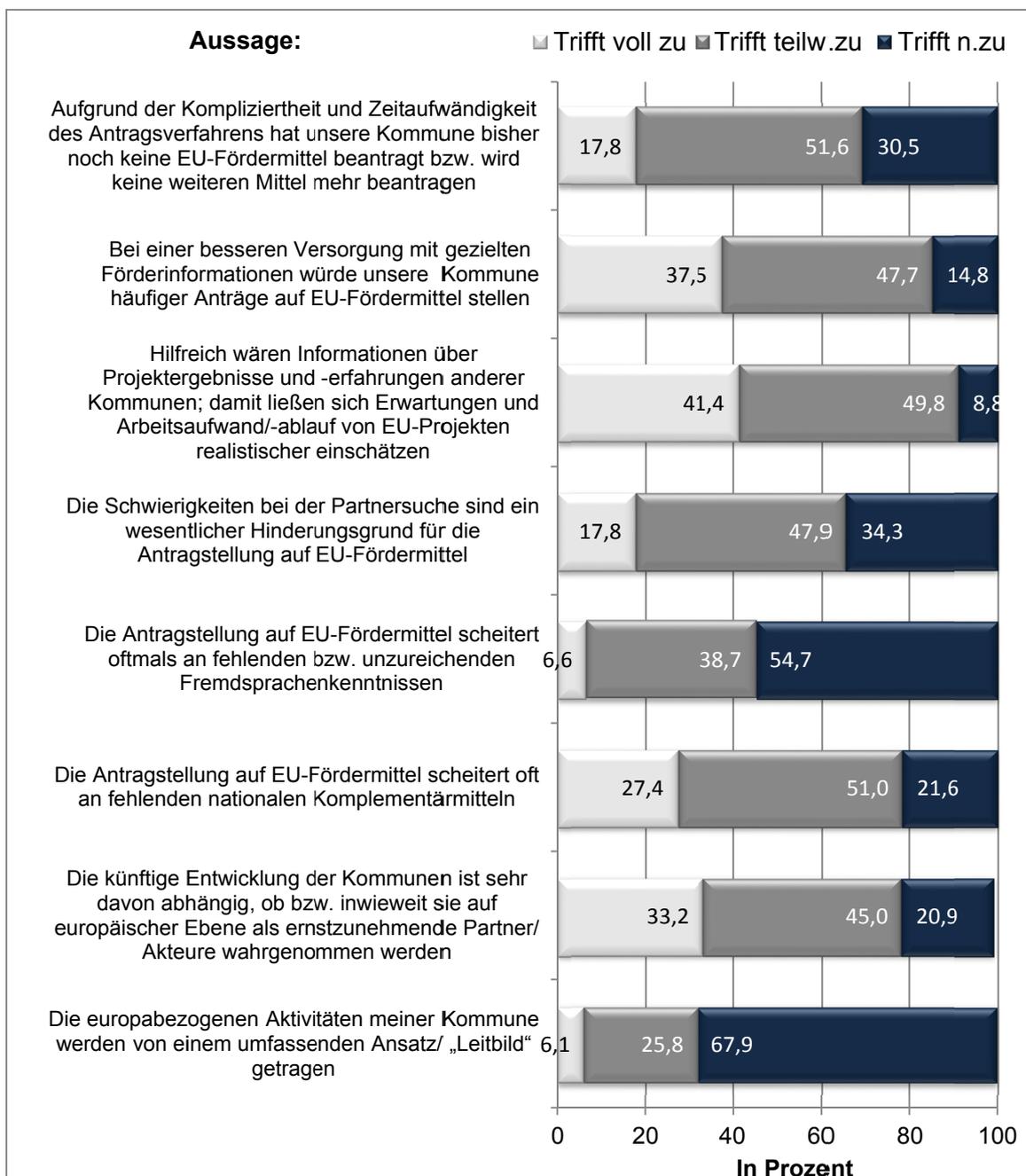
Auch an dieser Stelle unterscheiden sich die drei kommunalen Teilgruppen deutlich voneinander: Während nur rund 16 Prozent der kreisangehörigen Städte/ Gemeinden angeben, kommunale Einflussmöglichkeiten auf die EU zu nutzen, wird dies von über 58 Prozent der Befragten aus kreisfreien Städten bestätigt. Die stärkste Einflussnahme geht mit 75 Prozent allerdings von den Kreisen in NRW aus.

Unter den wenigen Einträgen zu „Sonstige Einrichtung/Person“ findet sich an dieser Stelle das IPZ (Institut für Europäische Partnerschaften und internationale Zusammenarbeit).

3.8 Einschätzungen zum Nutzen und zu Entwicklungsmöglichkeiten kommunaler EU-Aktivitäten

In diesem Bereich des Fragebogens sollten die Kommunen angeben, inwieweit sie einzelnen Aussagen zum Thema EU zustimmen (Abb. 13). Die größte Zustimmung fand dabei die Aussage, dass Informationen über Projektergebnisse und -erfahrungen anderer Kommunen hilfreich für die Umsetzung von EU-Projekten wären. Ebenfalls eine hohe Zustimmung kam der Aussage zu, dass bei einer besseren Versorgung mit gezielten Förderinformationen die eigene Kommune häufiger Anträge auf EU-Fördermittel stellen würde.

Abbildung 13: Kommunale Einstellungsprofile zu einzelnen EU-Themen
„Geben Sie an, inwieweit die folgenden Aussagen aus Ihrer Sicht jeweils zutreffen.“ (Frage 14)



Kaum Zustimmung erhielt hingegen die Aussage, dass die Antragstellung auf EU-Fördermittel häufig an fehlenden Fremdsprachenkenntnissen scheitere. Am wenigsten zugestimmt wurde der Aussage, dass die europabezogenen Aktivitäten der eigenen Kommune von einem umfassenden Ansatz/ Leitbild getragen werden.

Ein fehlendes Leitbild für die eigenen europabezogenen Aktivitäten wird zwar vor allem unter kreisangehörigen Gemeinden geäußert (71,2%; „trifft nicht zu“), dennoch vertritt auch rund die Hälfte der Befragten aus kreisfreien Städten und Kreisen in NRW jeweils die Meinung, dass ihre EU-Aktivitäten von keinem umfassenden Ansatz gesteuert werden (Tab. 6).

Tabelle 6: Kommunale Einstellungsprofile zu einzelne EU-Themen; nach Teilgruppen

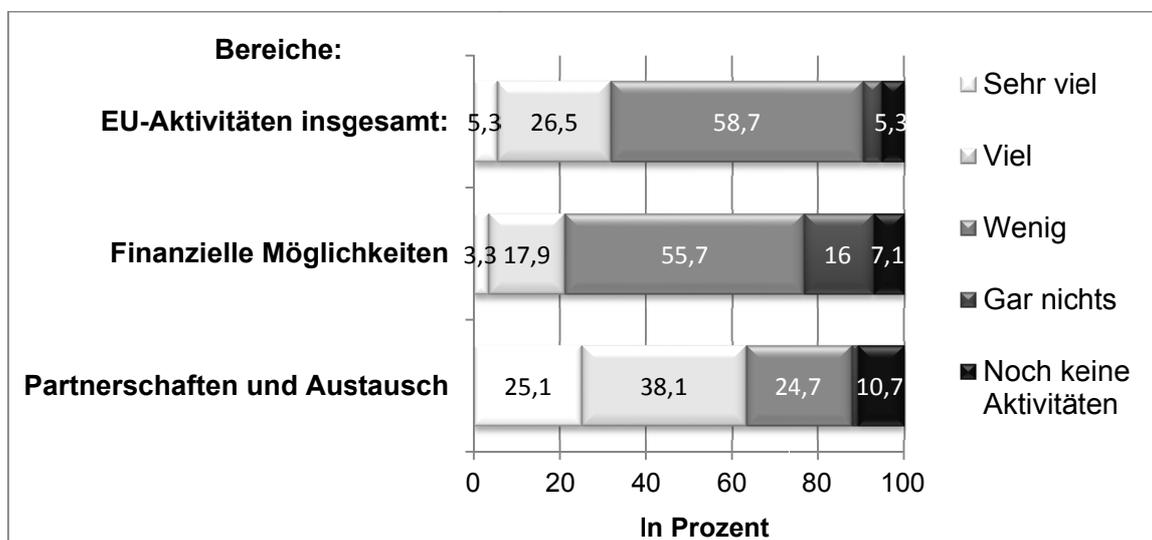
		Trifft voll zu	Trifft teilw. zu	Trifft nicht zu
		In Prozent		
Aufgrund der Kompliziertheit und Zeitaufwändigkeit des Antragsverfahrens hat unsere Kommune bisher noch keine EU-Fördermittel beantragt bzw. wird keine weiteren Mittel mehr beantragen.	KA	21,5	53,1	25,4
	KF	-	62,5	37,5
	K*	-	30,0	70,0
Bei einer besseren Versorgung mit gezielten Förderinformationen würde unsere Kommune häufiger Anträge auf EU-Fördermittel stellen.	KA	41,1	48,3	10,6
	KF	25,0	50,0	25,0
	K	15,0	40,0	45,0
Hilfreich wären Informationen über Projektergebnisse und -erfahrungen anderer Kommunen; damit ließen sich Erwartungen und Arbeitsaufwand/-ablauf von EU-Projekten realistischer einschätzen.	KA	41,9	52,0	6,1
	KF	37,5	37,5	25,0
	K	40,0	40,0	20,0
Die Schwierigkeiten bei der Partnersuche sind ein wesentlicher Hinderungsgrund für die Antragstellung auf EU-Fördermittel.	KA	16,4	48,6	35,0
	KF	12,5	56,3	31,3
	K	35,0	35,0	30,0
Die Antragstellung auf EU-Fördermittel scheitert oftmals an fehlenden bzw. unzureichenden Fremdsprachenkenntnissen.	KA	5,1	39,2	55,7
	KF	12,5	56,3	31,3
	K	15,0	20,0	65,0
Die Antragstellung auf EU-Fördermittel scheitert oft an fehlenden nationalen Komplementärmitteln.	KA	26,2	51,7	22,1
	KF	50,0	37,5	12,5
	K	20,0	55,0	25,0
Die künftige Entwicklung der Städte/Gemeinden/ Kreise ist sehr davon abhängig, ob bzw. inwieweit sie auf europäischer Ebene als ernstzunehmende Partner/ Akteure wahrgenommen werden.	KA	30,3	47,4	22,3
	KF	43,8	43,8	12,4
	K	50,0	35,0	15,0
Die europabezogenen Aktivitäten meiner Stadt/Gemeinde/ Kreis werden von einem umfassenden Ansatz/ „Leitbild“ getragen.	KA	4,5	24,3	71,2
	KF	25,0	25,0	50,0
	K	5,0	40,0	55,0

*Abkürzungen: KA= Kreisangehörige Städte/Gemeinden; KF= Kreisfreie Städte; K= Kreise

Anhand von persönlichen Bewertungen gaben fast zwei Drittel der Befragten aus den teilnehmenden Kommunen in NRW an, dass die EU-Aktivitäten vor allem in dem Bereich „Partnerschaften und Austausch“ ihrer Kommune „viel“ oder sogar „sehr viel“ gebracht hätten (Abb. 14). Diese überwiegend positive Einschätzung wurde sowohl unter kreisangehörigen Gemeinden, kreisfreien Städten als auch unter den Kreisen in NRW geäußert.

Abbildung 14: Bewertung der bisherigen EU-Aktivitäten

„Was haben Ihrer Einschätzung nach die bisherigen EU-Aktivitäten für Ihre Stadt/ Gemeinde/ Kreis in den folgenden Bereichen gebracht?“ (Frage 15)



Weitaus weniger positiv fallen hingegen die Bewertungen hinsichtlich der finanziellen Möglichkeiten der eigenen Kommune aus: Nur etwas über 21 Prozent der Befragten äußerten in diesem Zusammenhang, dass ihre Kommune über die bisherigen EU-Aktivitäten in finanzieller Hinsicht nennenswert profitiert habe. Besonders kritische Bestandsaufnahmen zu den finanziellen Möglichkeiten sind hier unter den kreisangehörigen Gemeinden zu finden (Tab. 7); mehr als drei Viertel der Befragten aus dieser Teilgruppe vertraten die Meinung, dass die eigene Kommune über ihre bisherigen EU-Aktivitäten finanziell „wenig“ oder „gar nicht“ profitiert habe.

Tabelle 7: Bewertung der bisherigen EU-Aktivitäten; nach Teilgruppen

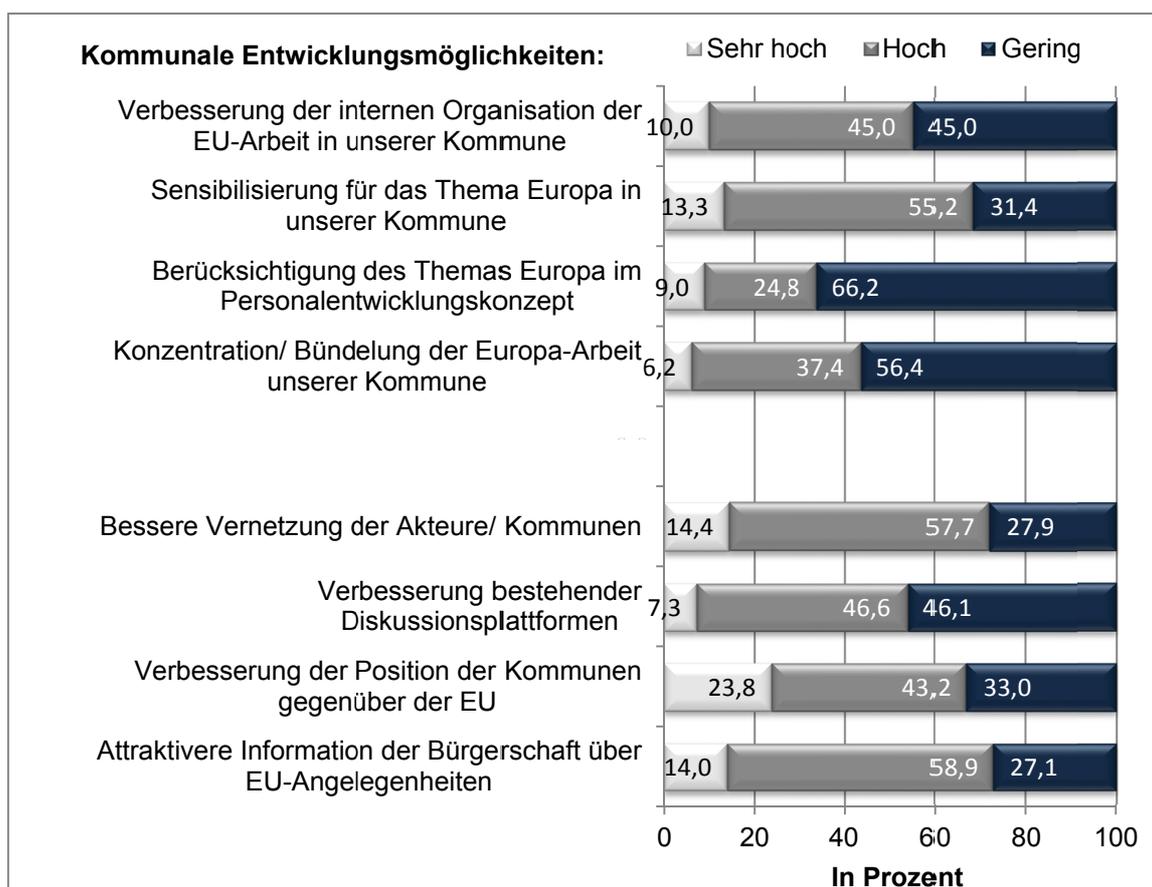
		Sehr viel	Viel	Wenig	Gar nichts	Bislang keine Aktivitäten
		In Prozent				
EU-Aktivitäten insgesamt	KA	3,2	20,6	65,2	5,2	5,8
	KF	14,3	57,1	28,6	-	-
	K*	15,0	50,0	30,0	-	5,0
	Insg.:	5,3	26,5	58,7	4,2	5,3
Finanzielle Möglichkeiten	KA	2,3	13,6	56,8	19,3	8,0
	KF	6,3	37,5	56,3	-	-
	K	10,0	40,0	45,0	-	5,0
	Insg.:	3,3	17,9	55,7	16,0	7,1
Partnerschaften und Austausch	KA	25,7	35,2	25,7	1,7	11,7
	KF	18,8	56,3	25,0	-	-
	K	25,0	50,0	15,0	-	10,0
	Insg.:	25,1	38,1	24,7	1,4	10,7

*Abkürzungen: KA= Kreisangehörige Städte/Gemeinden; KF= Kreisfreie Städte; K= Kreise

Die Gesamtbewertungen der eigenen EU-Aktivitäten sprechen aus kommunaler Sicht alles in allem ebenfalls für ein eher zurückhaltendes Resümee: Nur etwas über 30 Prozent der Befragten gaben hier an, von den eigenen EU-Aktivitäten bislang nennenswert Positives berichten zu können; rund 60 Prozent vertraten hingegen die Meinung, dass die entsprechenden Aktivitäten ihrer Kommune bislang „wenig“ oder „gar nichts“ gebracht hätten (Abb. 14). Allerdings wird diese Meinung mehrheitlich (über 70%) ausschließlich unter den kreisangehörigen Städten/ Gemeinden in NRW vertreten. Fast zwei Drittel der Kreise und sogar über 71 Prozent der kreisfreien Städte ziehen hinsichtlich ihrer EU-Aktivitäten hingegen eine positive Gesamtbilanz (Anteile „viel“ und „sehr viel“; Tab. 7).

Die Ergebnisse aus den offenen Einträgen zur Kategorie „Weitere, positive Ergebnisse“ stützen sich auf rund 16 Angaben. Unter anderem wurden hier „Horizontenerweiterung“, „Politische Einflussmöglichkeiten“ und (mehrfach) „Freundschaften“ erwähnt.

Abbildung 15: Entwicklungsmöglichkeiten der zukünftigen Europaarbeit
„Wo sehen Sie vor dem Hintergrund Ihrer Erfahrungen noch Entwicklungsmöglichkeiten bei der zukünftigen Europa-Arbeit in den Städten und Gemeinden/ Kreisen?“ (Frage 16)



Abschließend wurden die teilnehmenden Verwaltungsmitarbeiter/-innen gefragt, wo sie noch Entwicklungsmöglichkeiten bei der zukünftigen Europa-Arbeit in den Kommunen von NRW sehen (Abb. 15). Als kommunalinterne Entwicklungsmöglichkeiten wurden dabei vor allem die „Sensibilisierung für das Thema Europa“ sowie die „Verbesserung der internen Organisation der EU-Arbeit“ genannt. Unter den allgemeinen Entwicklungsmöglichkeiten

wurden vor allem die „bessere Vernetzung der Akteure/Kommunen“ sowie eine „attraktivere Information der Bürgerschaft über EU-Angelegenheiten“ hervorgehoben. Beachtliche Potenziale für weitere Entwicklungen lassen sich aber auch in der „Verbesserung der Position der Kommunen gegenüber der EU“ erkennen; immerhin fast ein Viertel der Befragten gab an, dass die entsprechenden Entwicklungsmöglichkeiten in diesem Bereich noch „sehr hoch“ seien; unter kreisfreien Städten liegt dieser Anteil sogar bei 62,5 Prozent.

Als ein allgemeiner Befund kann festgestellt werden, dass die Befragten aus kreisangehörigen Gemeinden vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen weitaus häufiger als unter den kreisfreien Städten oder Kreisen nur „geringe“ Entwicklungsmöglichkeiten bei der zukünftigen Europa-Arbeit in den Kommunen von NRW artikulieren (Tab. 8).

Tabelle 8: Entwicklungsmöglichkeiten der zukünftigen Europaarbeit, nach Teilgruppen

		Sehr hoch	Hoch	Gering
		In Prozent		
Kommunale Entwicklungsmöglichkeiten:				
Verbesserung der internen Organisation der Europa-Arbeit in unserer Kommune	KA	8,0	41,7	50,3
	KF	18,8	68,8	12,5
	K*	20,0	55,0	25,0
Sensibilisierung für das Thema Europa in unserer Kommune	KA	8,6	55,2	36,2
	KF	37,5	50,0	12,5
	K	35,0	60,0	5,0
Berücksichtigung des Themas Europa im Personalentwicklungskonzept	KA	6,3	21,8	71,8
	KF	31,3	37,5	31,3
	K	15,0	40,0	45,0
Konzentration/ Bündelung der Europa-Arbeit unserer Kommune	KA	5,1	34,3	60,6
	KF	12,5	50,0	37,5
	K	10,0	55,0	35,0
Allgemeine Entwicklungsmöglichkeiten:				
Bessere Vernetzung der Akteure/ Kommunen	KA	11,6	58,1	30,2
	KF	25,0	62,5	12,5
	K	30,0	50,0	20,0
Verbesserung bestehender Diskussionsplattformen	KA	5,9	46,5	47,6
	KF	18,8	56,2	25,0
	K	10,0	40,0	50,0
Verbesserung der Position der Kommunen gegenüber der EU	KA	20,0	41,2	38,8
	KF	62,5	37,5	-
	K	25,0	65,0	10,0
Attraktivere Information der Bürgerschaft über Europa-Angelegenheiten	KA	12,8	55,8	31,4
	KF	25,0	75,0	-
	K	15,8	73,7	10,5

*Abkürzungen: KA= Kreisangehörige Städte/Gemeinden; KF= Kreisfreie Städte; K= Kreise

Unter den weniger als 15 Angaben zu „Sonstige Entwicklungsmöglichkeiten“ wurden in den Fragebögen in diesem Zusammenhang die Themen „Kommunale Finanzausstattung“, „Vereinfachung von Antragsverfahren“ und „Mehr Partizipation an EU-Programmen“ angeführt.

4. Zusammenfassung

Der Einsatz einer postalischen Befragung zur Durchführung der Difu-Umfrage in NRW entsprach weitgehend den Bedarfen der Zielgruppe und hat sich als Methode bewährt. Die Teilnahmebereitschaft unter den Kommunen in NRW ist mit rund 51 Prozent und unter Berücksichtigung des Befragungszeitraums insgesamt durchaus positiv zu bewerten. Allerdings waren kreisangehörige Städte und Gemeinden deutlich seltener zur Mitarbeit bereit als kreisfreie Städte und Kreise. Die wichtigsten inhaltlichen Befunde der Umfrage lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Zum besseren Verständnis der Ergebnisse sind fast ausnahmslos die beachtlichen **Unterschiede zwischen kreisangehörigen Städten/ Gemeinden einerseits und kreisfreien Städten sowie Kreisen andererseits** zu berücksichtigen: Innerhalb der erst genannten kommunalen Teilgruppe finden sich zum Themen- und Arbeitsfeld „Europa“ verstärkt passivere und kritischere Positionen.
2. Das Thema „Europa“ nimmt unter den Kommunen in NRW aktuell keinen hohen **Stellenwert** ein. Mehr als drei Viertel der Befragten stufen die Bedeutung dieses Themas für ihre Kommune als „weniger hoch“ oder „sehr gering“ ein. Ein besonders geringer Stellenwert ist unter den kreisangehörigen Gemeinden festzustellen.
3. Als **vorbereitende Maßnahmen** für neue Aufgabenstellungen mit EU-Bezug werden von Seiten der Kommunen in NRW insbesondere „Informationen über Publikationen/ Internet“ sowie „Eigeninitiative“ genannt. Unter kreisfreien Städten werden darüber hinaus auch relativ oft „Workshops“, „Seminar“ und „Arbeitskreise“ genutzt.
4. Insgesamt verfügen über 40 Prozent der befragten Kommunen über keine eigene **Dienststelle** für EU-Angelegenheiten. Dies trifft vor allem für kreisangehörige Städte und Gemeinden zu (48%).
5. Zu den am häufigsten genannten **Aufgaben mit EU-Bezug** gehören die „Organisation bzw. Durchführung von Bürgerbegegnungen“ und die „Einbindung von bürgerschaftlichem Engagement“. Eher selten werden Funktionen der Öffentlichkeitsarbeit übernommen. Auch die „fachliche Betreuung von Städtenetzwerken mit EU-Bezug“ oder die „Neubegründung von Städtepartnerschaften“ werden vergleichsweise selten ausgeübt. Anhand der Ergebnisse lassen sich Hinweise für eine geringere „Professionalisierung“ der EU-Aufgaben unter kreisangehörigen Städten/ Gemeinden finden.
6. Als wichtige **Zielstellungen** der eigenen EU-Aktivitäten werden von Seiten der Kommunalverwaltungen insbesondere die „Verbesserung des kulturellen Austausches zwischen europäischen Kommunen“ und die „Fördermittelakquise“ genannt. Die „Stärkung des kommunalen Mitspracherechts auf europäischer Ebene“ nimmt als kommunale Zielstellung hingegen eine nur vergleichsweise geringe Bedeutung ein.
7. Die häufigsten Kooperationen mit EU-Bezug finden in NRW zwischen den Kommunalverwaltungen statt. Eine nennenswerte Rolle spielen als **Kooperationspartner** aber auch Vereine, (Aus-)Bildungseinrichtungen sowie Unternehmen der Privatwirtschaft. Eher selten werden als lokale Kooperationspartner hingegen Arbeitsagenturen, Forschungsinstitute und Gewerkschaften genannt. Die Kooperationsstrukturen zwischen lokalen und auswärtigen Partnern weisen große Ähnlichkeiten auf. Eben-

falls keine gravierenden Unterschiede sind in diesem Zusammenhang zwischen kreisangehörigen Städten/ Gemeinden, kreisfreien Städten und Kreisen festzustellen

8. Kooperationen mit EU-Bezug werden am häufigsten im Rahmen von „aktiven Städtepartnerschaften“ durchgeführt, aber auch „Schüler- bzw. Studentenaustausche“ sowie die Durchführung von „Festen und Veranstaltungen“ sind häufig genannte **Aktivitäten**, die gerne genutzt werden. Grundsätzlich werden für die Durchführung von EU-Aktivitäten in kreisangehörigen Städten/ Gemeinden durchaus vergleichbare Formate genutzt wie in kreisfreien Städten oder Kreisen. Allerdings kann für kreisangehörige Gemeinden eine allgemein niedrigere Nutzungshäufigkeit festgestellt werden als unter den beiden anderen Teilgruppen.
9. Nur ein Viertel der befragten Kommunen in NRW gab an, Mitglied von **Städtenetzwerken** bzw. von **regionalen Netzwerken** mit europäischer Ausrichtung zu sein. Die kreisfreien Städte und die Kreise sind allerdings jeweils zu knapp zwei Dritteln Mitglieder in einem entsprechenden Netzwerk; dies trifft hingegen nur für 17,3 Prozent der kreisangehörigen Gemeinden zu. Vernetzte Kommunen sind im Allgemeinen in vielen Arbeitsfeldern mit EU-Bezug wesentlich aktiver als nicht-vernetzte Kommunen.
10. Nur rund ein Viertel der Kommunen in NRW nutzt **Einflussmöglichkeiten** auf die EU. Am häufigsten werden Einflussnahmen „auf die zukünftige Ausrichtungen von Förderprogrammen“ angeführt. Entsprechende Einflussnahmen erfolgen vor allem über Kontakte zu Europaabgeordneten und über die kommunalen Spitzenverbände.
11. Fast zwei Drittel der Befragten gaben an, dass die eigenen EU-Aktivitäten vor allem in dem Bereich „Partnerschaften und Austausch“ „viel“ oder sogar „sehr viel“ gebracht hätten. Weitaus weniger positiv fielen hingegen die **Bewertungen** hinsichtlich der finanziellen Möglichkeiten der eigenen Kommune aus. Besonders kritische Bestandsaufnahmen sind hier unter den kreisangehörigen Gemeinden zu finden. Die Gesamtbewertungen der eigenen EU-Aktivitäten sprechen ebenfalls für ein eher zurückhaltendes Resümee: Nur etwas über 30 Prozent der Befragten gaben hier an, von den eigenen EU-Aktivitäten bislang nennenswert Positives berichten zu können. Allerdings wird diese Meinung mehrheitlich (über 70%) ausschließlich unter den kreisangehörigen Städten/ Gemeinden in NRW vertreten.
12. Als kommunalinterne **Entwicklungsmöglichkeiten** wurden vor allem die „Sensibilisierung für das Thema Europa“ sowie die „Verbesserung der internen Organisation der EU-Arbeit“ genannt. Unter den allgemeinen Entwicklungsmöglichkeiten wurden insbesondere die „bessere Vernetzung der Akteure/Kommunen“ sowie eine „attraktivere Information der Bürgerschaft über EU-Angelegenheiten“ hervorgehoben.

Ein (datenübergreifendes) **Fazit** könnte wie folgt lauten: Die EU-Aktivitäten der Kommunen in Nordrhein-Westfalen lassen sich in mehreren Bezugssystemen verorten. Insbesondere größere Städte und Kreise fördern ihre Entwicklung über europäische Netzwerke bzw. Partnerschaften und profitieren wirksam von EU-Förderprogrammen. Viele der kleineren Städte und Gemeinden scheinen hingegen ihre EU-Projekte eher über informelle Treffen sowie durch zwischenmenschliche Kontakte und persönliche Freundschaften voranzubringen. „Europa“ entwickelt sich auf kommunaler Ebene also auch außerhalb von Großveranstaltungen und Förderprogrammen. Dieser Umstand sollte beim geplanten Auszeichnungsverfahren in Nordrhein-Westfalen berücksichtigt werden.